

# Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **16. und 17. Parlamentssitzung**  
des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2022/2023  
vom 5. Dezember 2022

von 16.15 - 18.36 Uhr und von 20.05 – 21.04 Uhr

Parlamentssaal Rathaus, Marktgasse 20, Winterthur

---

Vorsitz: R. Diener (Grüne)  
Protokoll: A. Furrer  
Entschuldigt: 16./17. Sitzung: M. Blum (Grüne)

---

## Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1		Protokoll der 12./13. Sitzung	
2	22.59	Wahl der Mitglieder in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) für die Amtsdauer 2022/2026	<b>R. Kappeler</b>
3*	22.98	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurückgetretenen F. Künzler (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026	<b>R. Kappeler</b>
4*	22.97	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden M. Steiner (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026	<b>R. Kappeler</b>
5	22.91 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	<b>U. Bänziger / M. Blum</b>
6	22.96 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2023 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur	<b>K. Vogel</b>
7	22.89 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2023 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2026	<b>D. Oswald</b>

8*	22.83 (DKD)	Zusatzkredit von jährlich wiederkehrend Fr. 127'000 für den Betrieb und Unterhalt der Quartierbibliothek Oberwinterthur / Verpflichtungskredit von Fr. 300'000 für die Betriebseinrichtung der Quartierbibliothek Oberwinterthur (Projekt-Nr. 13167)	<b>G. Stritt</b>
9*	22.81 (DSS)	Verpflichtungskredit von Fr. 1'785'000 für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Fussballanlage Sporrer (Projekt-Nr. 13280)	<b>A. Zuraikat</b>
10*	22.88 (DKD)	Legislaturprogramm 2022–2026	<b>D. Oswald</b>
11*	21.75 (DSS)	Fristerstreckung für die Umsetzung des Postulats G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL/Grüne), M. Della Vedova (GLP) und Ch. Maier (FDP) betr. Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe	
12*	22.26 (DTB)	Fristerstreckung für Antrag und Bericht zur Motion U. Glättli (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B.Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und R. Heuberger (FDP) betr. Wärmeversorgung aus einer Hand	
13*	20.23 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), G. Stritt (SP), I. Kuster (CVP) und M. Zehnder (GLP) betr. Comeback des Laubrechens	
14*	19.57 (DTB)	Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat M. Nater (GLP), Ch. Grieser (Grüne), M. Bänninger (EVP), R. Heuberger (FDP) und G. Stritt (SP) betr. Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches	
15*	21.79 (DTB)	Beantwortung der Interpellation A. Gütermann (GLP), M. Nater (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), M. Bänninger (EVP), F. Landolt (SP), R. Heuberger (FDP), I. Kuster (Die Mitte) und Ch. Hartmann (SVP) betr. nachhaltige und krisensichere Stromversorgung für Winterthur	
16*	20.60 (DSU)	Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), P. Schoch (SP), K. Frei Glowatz (GP) und M. Zehnder (GLP) betr. 4 autofreie Sonntage im Jahr	
17*	21.67 (DSU)	Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), A. Büeler (Grüne), B. Zäch (SP) und M. Zehnder (GLP) betr. Rahmenkredit Klimamassnahmen	
18*	21.19 (DB)	Antrag und Bericht zur Motion D. Altenbach (SP), R. Diener (Grüne/AL) und A. Gütermann (GLP) betr. Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe	
19	20.121 (DB)	Antrag und Bericht zum Postulat R. Perroulaz (FDP), B. Zäch (SP), Ch. Hartmann (SVP), Z. Dähler (CVP/EDU) und M. Bänninger (EVP) betr. bauliche Verdichtung durch Aufhebung Mehrlängenzuschlag	
20	21.35 (DB)	Beantwortung der Interpellation M. Wegelin (SVP), A. Steiner (GLP), F. Helg (FDP), I. Kuster (Mitte/EDU), D. Siegmann (SP), A. Büeler (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP) betr. DOHA (Dätttau ohne Hochspannungsleitungen)	

21	21.65 (DB)	Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (die Mitte/EDU) betr. Tempo 30 und Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft der Blaulichtorganisationen
22	21.73 (DB)	Beantwortung der Interpellation M. Wegelin (SVP) betr. nachhaltige Lösung Winterdienst
23	21.80 (DB)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (die Mitte/EDU), Ch. Maier (FDP) und Th. Wolf (SVP) betr. MIV-Zentrumsumfahrung gemäss sGVK
24	21.101 (DB)	Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Pflegequalität von Grünflächen

*\*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Parlamentspräsident R. Diener:** Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur 16./17. Sitzung des Amtsjahres 2022/23 des Stadtparlaments Winterthur.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident R. Diener:** Vorab einige Mitteilungen und Feststellungen.

Das Sitzungsdatum vom 12. Dezember, das ist inzwischen wohl allen klar, diese Sitzung findet definitiv nicht statt, das heisst es gibt keine Sitzung am nächsten Montag. Es gibt ja bereits Kommissionen, die den Termin übernommen haben.

Wir werden heute den Jahresabschluss mit einem ganz einfachen Apéro ab 21 Uhr hier unten im Festsaal begehen. Ich hoffe, dass dort alle noch dabei sind, es sind alle herzlich eingeladen dazu. Es gibt kein Essen, höchstens ein paar wenige Knabbereien, deshalb haben wir auch die Pause ganz normal eingeplant.

Nochmals zurück zur letzten Woche: Ob es ein Wunderbudget war, das wir verabschiedet haben, wie es im Landboten stand, da muss ich jedem einzelnen die Interpretation überlassen. Sicher ist es so, dass wir – das wurde auch gesagt – ein Rekordbudget, was die Zeit für die Behandlung betrifft da im Parlament, hinter uns gebracht haben. Wir sind in einer Sitzung fertig geworden, das hat niemand, der hier vorne auf dem Bock sitzt – inklusive Jürg Bachmann, der extrem lang dabei ist – schon jemals erlebt.

Was ich letztes Mal noch ein bisschen vergessen habe: Ich möchte mich noch ganz herzlich bei der Verwaltung und bei den Kommissionen für die Vorarbeit bedanken, denn das war natürlich der wesentliche Punkt, nicht die Sitzungsleitung von mir. Diese hat nicht wesentlich dazu beigetragen, sondern es war sehr gut vorbereitet. Danke nochmals allen Beteiligten, dass das so effizient über die Bühne gehen konnte.

Ich habe noch Entschuldigungen und Verspätungen: Für beide Sitzungen hat sich krankheits halber entschuldigt Martina Blum (Grüne). Verspätet kommen werden Nina Wenger (Grüne), Gioia Porlezza (FDP) und Christian Hartmann (SVP).

Dann darf ich heute ganz offiziell und auch physisch noch Simon Gonçalves begrüssen bei uns. Herzlich willkommen hier im Parlament. Und ich hoffe, Du hast auch etwas Spass und Erfolg im neuen Amt. Wir dürfen Dir, das ist wahrscheinlich auch etwas, das es nicht häufig gibt, gleich schon beim Einstieg herzlich gratulieren zur Geburt Deines Sohnes und wünschen Dir dazu alles Gute. Es gibt dann auch noch eine Karte von allen.

Damit habe ich meine Mitteilungen für heute abgeschlossen.

## Persönliche Erklärung

**Parlamentspräsident R. Diener:** Wir haben eine persönliche Erklärung von Annetta Steiner (GLP) zum Thema Kunst am Bau.

**A. Steiner (GLP):** Jürg blendet noch ein Bild ein.

Vor einigen Tagen kam ein Platzwart vom neuen Garderobengebäude an der Hörnlistrasse am Morgen in das neue Gebäude und bekam einen riesigen Schrecken: Jetzt, kurz vor Abschluss der Arbeiten, jesses Gott, was ist passiert? Er wollte schon fast Anzeige erstatten, hat sich aber dann trotzdem noch kurz erkundigt, ob jemand etwas weiss – und es hat sich herausgestellt: Es ist Kunst am Bau.

Über Kunst lässt sich bekanntlich streiten. Ich würde gerne streiten über diese Kunst, aber über das geht es mir im Moment jetzt eigentlich nur sekundär. Mir geht es mehr darum: Man hat einen Raum geschaffen, hier drinnen in diesem Ratssaal haben wir ausdrücklich gesagt, der Raum solle für die Quartierbevölkerung sein, der soll für die Fussballerinnen und Fussballer sein, der soll für J&S-Kurse sein. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, wo man mit dem Beamer irgendwo noch ein paar Folien «hinbeamen» könnte.

Wir haben viel Geld ausgegeben für dieses Garderobengebäude. Und wir haben sehr auf Funktionalität geschaut bei diesem Gebäude. Ich bin der Meinung, ich persönlich würde hier drinnen in diesem Quartierraum keine Geburtstagsfeier machen. Ich glaube, ich wäre nicht die einzige.

Dabei stellen sich mir dann doch einige Fragen zu Kunst am Bau. Ich bin nicht grundsätzlich gegen Kunst am Bau, wohlverstanden. Aber es geht doch auch immer wieder darum, aufzunehmen, was passiert da in diesem Garderobengebäude und vor allem mit wem. Okay, da kann man sagen, das ist noch aufgenommen worden. Aber ob da wirklich das Bedürfnis der Nutzerinnen und Nutzer aufgenommen worden ist, das bezweifle ich. Das wurde aber ausdrücklich im Stadtratsentscheid gewünscht, dass man einen Bezug schafft. Ich zitiere: «Die künstlerische Zielsetzung und Aufgabe ergibt sich aufgrund der Nutzung und Bedeutung des Garderobenbaus. Genutzt wird das Gebäude primär durch die aktuell 17 Teams des FC Töss. Aber auch für Besucherinnen und Besucher der Fussballspiele sowie für Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Quartiere stellt das neue Gebäude ein wichtiger Treffpunkt dar.» Und etwas später kann ich zitieren: «Das Areal soll durch die Kunst auch in seiner Identifikationsfunktion für das Quartier bestätigt werden. Folgende Bereiche wurden definiert [wo dass man diese Kunst am Bau machen könnte]: Treppenhaus, Brüstung Treppe, Türen, Garderoben, Aussenraum (sprich Podest, Geländer, freie Flächen) oder Ballfangzäune zwischen Gebäude und Spielfeld.» Der Theorieraum ist da nicht aufgezählt. Und ich gehe davon aus, vielleicht auch nicht ganz per Zufall.

Es stellen sich mir darum wichtige Fragen: Werden bei Kunst am Bau-Projekten die Nutzergruppen einbezogen, um ihre Ideen und Bedürfnisse einbringen zu können? Und auch als zweite Frage: Was waren denn die Vorgaben der Kunstkommission? Hat man da ganz bewusst wirklich den Theorieraum freigegeben – oder den Quartierraum? Das ist es nämlich, in der Gestaltung, wie es jetzt daherkommt, nicht mehr. Besten Dank.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Annetta. Möchte sich der Stadtrat dazu äussern?

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich bedaure sehr, dass schon nach wenigen Tagen jetzt, in denen dieses Kunstwerk besteht, schon eine politische Diskussion daraus wird. Du hast es gesagt, Annetta: Es ist richtig, über Kunst kann man streiten. Das ist jedes Mal ein Hochseilakt. Wir hatten schon genügend Beispiele, den einen gefällt es, den anderen nicht. Und es braucht bei solchen Kunstwerken eine Vermittlung.

Wir haben die Richtlinie Kunst und Bau 2019 überarbeitet. Wir wollten sie entkoppeln von politischen Entscheiden. Es war nicht der Stadtrat, der dieses Kunstwerk ausgesucht hat. Der Stadtrat sagte, welche Künstler es machen. Und hat so den Rahmen definiert. Aber wir wollten es nicht mehr politisch haben, sondern Fachleute sollten es machen. Mir ist dann das

auch gezeigt worden. Ich sagte dann, ich möchte es mal anschauen. Meine Leute sagten mir, Du musst mal drinstehen. Es hat ganz viele Elemente vom Fussball auf diesen Wänden und an der Decke, wenn Du den Bezug suchst. Aber etwas ganz Wichtiges ist die Vermittlung dieser Kunst.

Und es hat jetzt verschiedene Daten, die es gibt, an denen man sich mit den Nutzerinnen und Nutzern trifft, mit verschiedenen Gruppierungen, wo die Künstlerinnen und Künstler dieses Werk erläutern können, um was es ihnen ging.

Und jawohl, ich teile Ihre Meinung, dass man die Nutzerinnen und Nutzer einbeziehen soll. Sorry, wollten wir. Aber vom FC wollte niemand kommen.

Aber das müssen wir nun alles zusammentragen, damit wir den Sachverhalt klar haben. Ich finde es wichtig, dass Nutzerinnen und Nutzer dabei sind. Sie können nämlich sagen, was in diesen Räumlichkeiten stattfinden soll. Und das sind wir jetzt am Aufarbeiten. Wir gehen bei verschiedenen Terminen dort vorbei und wir werden es eröffnen im Januar.

Ich bin gespannt, wie die Diskussion über dieses Kunstwerk weitergehen wird. Danke vielmal.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke an Stadtpräsident Mike Künzle. Damit ist diese persönliche Erklärung erledigt.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident R. Diener:** Wir kommen zur offiziellen Traktandenliste. Da nochmals der Hinweis: Wir haben jetzt wieder die Situation, dass wir eine zweite Sitzung haben, die wir zusammen mit der ersten (am letzten Montag) geplant hatten. Und die Traktandenliste, die wir hier im Saal benutzen, mit dieser Nummerierung, ist die gemeinsame Traktandenliste vom letzten Montag und heute miteinander. Und deshalb sind die Nummerierungen, die wir heute verwenden bei den Traktanden, nicht diejenigen, die man im Internet findet, wenn man dort jetzt die Traktandenliste anschaut im Internet. Ich werde deshalb explizit immer auch die Geschäftsnummer nennen, dass es auch für diejenigen, die als Zuschauer hier im Saal sind, und für die Medien immer klar ist, von welchem Traktandum wir sprechen.

Ich habe den Wunsch von Nina Wenger erhalten, weil sie erst etwas später kommt, dass wir ihr Geschäft, bei dem sie Referentin ist, das Geschäft Nr. 2022.83, Traktandum 8, so lange verzögern mit der Behandlung, bis sie hier ist. Sie sollte spätestens um 17 Uhr hier sein. Das ist die einzige Änderung, die ich Euch zum Ablauf der Traktandenliste vorschlage. - Ich sehe keinen Widerspruch. Und es gibt auch von Eurer Seite keine Änderungsanträge zur Traktandenliste. Dann ist die Traktandenliste so genehmigt.

## 3. Traktandum

**Parl.-Nr. 2022.98: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurückgetretenen F. Künzler (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 (die Wahl erfolgt am 5.12.2022)**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2022.98: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurückgetretenen F. Künzler (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026. Das Wort hat Roland Kappeler, Präsident der IFK.

**R. Kappeler (IFK):** Die IFK schlägt Ihnen vor als Mitglied der AK: Marilena Gnesa (SP).

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Roland. Ich frage in die Runde: Gibt es dagegen Widerspruch oder Vermehrung? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann bist Du, Marilena Gnesa, in die Aufsichtskommission gewählt. Wir gratulieren Dir zu diesem neuen Amt und hoffen, dass Du viel Freude und Erfolg darin hast.

## 4. Traktandum

**Parl.-Nr. 2022.97: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden M. Steiner (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 (die Wahl erfolgt am 5.12.2022)**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2022.97: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden M. Steiner (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026. Das Wort hat auch hier der IFK-Präsident Roland Kappeler.

**R. Kappeler (IFK):** Als Mitglied der BSKK schlägt die IFK Ihnen vor: Thomi Gschwind (SP).

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Roland. Auch da meine Frage in die Runde: Gibt es Vermehrung oder Ablehnung dieses Vorschlages? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann haben Sie auch diesem zugestimmt und wir gratulieren Dir, Thomi Gschwind, zu Deinem neuen Amt in der Kommission. Wir hoffen, dass Du Freude und Erfolg hast darin.

## 8. Traktandum

**Parl.-Nr. 2022.83: Zusatzkredit von jährlich wiederkehrend Fr. 127'000 für den Betrieb und Unterhalt der Quartierbibliothek Oberwinterthur / Verpflichtungskredit von Fr. 300'000 für die Betriebseinrichtung der Quartierbibliothek Oberwinterthur (Projekt-Nr. 13167)**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2022.83: Zusatzkredit von jährlich wiederkehrend Fr. 127'000 für den Betrieb und Unterhalt der Quartierbibliothek Oberwinterthur / Verpflichtungskredit von Fr. 300'000 für die Betriebseinrichtung der Quartierbibliothek Oberwinterthur (Projekt-Nr. 13167). Vorgestellt wird das Geschäft von Nina Wenger.

**N. Wenger (BSKK):** Ich darf Ihnen heute Abend das Geschäft 2022.83 kurz vorstellen. Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen jährlichen Zusatzkredit von 127'000 Franken für den Betrieb und Unterhalt und einen Verpflichtungskredit von 300'000 Franken für die Betriebseinrichtung der neuen Quartierbibliothek Oberi.

Warum also die neue Bibliothek? Oberi wächst. Es ist der am stärksten wachsende Stadtteil, der mit der jetzigen Bibliothekskapazität am Limit ist. Die alte Bibliothek ist klein und nicht barrierefrei zugänglich. Es gibt nur ein WC für alle Personen und der Windfang entspricht nicht den feuerpolizeilichen Vorgaben.

Weil die Bibliothek heute aber schon einiges mehr ist als nur ein Ort, an dem man Bücher ausleiht, soll jetzt ein neues Gebäude den Ansprüchen gerecht werden. Dabei handelt es sich um ein Objekt, das von der Terresta AG verwaltet wird, das nur 200 m vom alten Standort entfernt liegt. Im Gegensatz zur alten Bibliothek kann dieses Gebäude den Ansprüchen von mehr Platz, Barrierefreiheit und dem Zusatzangebot neben dem Bücher ausleihen gerecht werden. Auch für Bibliothekspädagogik hätte es dort genügend Platz, und das ist im Moment ebenfalls eine Herausforderung.

Eine Quartierbibliothek ist ein Treffpunkt für Jung und Alt. Ein Ort für den Austausch und für die einen sogar ein zweites Zuhause. Das soll alles auch in Zukunft gewährleistet sein.

Das hat aber natürlich auch einen Preis. Trotz dem zusätzlichen finanziellen Aufwand muss man noch sagen, dass mittels personellen Umstrukturierungen kein zusätzliches Personal benötigt werden soll. Und die zusätzlichen Medien können mit dem Bibliotheksfonds finan-

ziert werden. Die neuen Kosten sind um einiges höher. Der direkte Vergleich dieser zwei Gebäude ist aber nicht ganz einfach, da die neue Bibliothek natürlich auch mehr bieten wird und natürlich auch eine viel grössere räumliche Kapazität hat.

Die zusätzlichen Kosten führten in der Kommission zu einem Antrag, der die Kosten von 127'000 Franken auf 119'000 Franken heruntersetzen wollte. Der Antrag wurde aber nicht angenommen.

Wir haben dieses Geschäft ausführlich in drei Lesungen besprochen, konnten sehr viele Fragen stellen und am Schluss haben wir mit 9:0 zugestimmt.

Soll ich gleich die Meinung der Grünen anhängen?

**N. Wenger (Grüne/AL):** Für uns ist klar, dass Bibliotheken einen hohen Stellenwert in unserer Stadt haben. Ein Ort, wo Austausch möglich ist, ein Ort zum Lernen und Lesen, aber auch ein Ort, wo man Neues entdecken und ausprobieren kann. Und für die einen ist es eben fast ein zweites Zuhause.

Nebst dem klassischen Bücherausleihen sollen noch andere Sachen angeboten werden können, zum Beispiel eine Öffnung der Bibliothek auch ausserhalb der gängigen Zeiten. Und die Möglichkeit für Quartierbewohner\*innen, Kontakte zu knüpfen und Projekte zu entwickeln.

Die Chance, die sich mit diesem Objekt ergibt, ist eine, die man wahrnehmen muss. Es ist ein genügend grosses Gebäude an einer super Lage und kann den wachsenden Ansprüchen an ein Bibliotheksgebäude gerecht werden.

Deshalb spricht für uns nichts gegen dieses Projekt und die Fraktion Grüne/AL stimmt dem Antrag zu.

Und ich möchte mich noch für die Verspätung entschuldigen: Es kam noch ein Kind auf die Welt.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Nina, für die Vorstellung. Damit ist die Diskussion weiter offen. Ich habe eine Wortmeldung von Christian Maier (FDP).

**Ch. Maier (FDP):** Die Quartierbibliothek Oberwinterthur soll zu einer kleinen Stadtbibliothek werden, mit Räumen, die den Quartierbewohnenden auch für Aktivitäten zur Verfügung stehen, die nicht mehr im engen Sinn etwas mit den herkömmlichen Bibliotheken zu tun haben. Das ist für Einwohnerinnen und Einwohner von Oberwinterthur ein Gewinn. Auch wird dafür im Dorfzentrum Oberwinterthur eine ziemlich baufällige Immobilie zu einem Schmuckstück umgebaut.

Selbstverständlich hat das ein Preisschild: Rund 282 Franken wird die Stadt dem Vermieter pro Jahr und Quadratmeter – ohne Nebenkosten – bezahlen. Maximal, wie der Stadtrat verspricht. Das ist in Anbetracht der Lage ein stolzer Mietpreis. Und wichtig: Der Mietpreis wird von einem hervorragenden Mieter bezahlt, der Stadt Winterthur, und dies über eine sehr lange Zeit.

Es ist aus unserer Sicht deshalb zweifellos ein guter Deal für den Vermieter.

Wieso ist uns dieses Thema so wichtig, dass wir – zum Ärger von diversen Kommissionsmitgliedern - eine dritte Lesung verursacht haben: Weil diese Bibliothek zu einem Prototyp wird für Quartierbibliothek 2.0. Es wird eine Vorlage und es wird ein Benchmark. Wenn sich diese bewährt, dann besteht die gewisse Gefahr, dass das multipliziert wird. Wenn man das multipliziert, dann gibt es halt plötzlich grosse Zahlen. Deshalb war es uns wichtig, dass wir da genau hinschauen bei diesem Prototyp.

Ob die Kosten aber zu hoch sind, angemessen oder sogar tief, das hängt jetzt von der Arbeit des Stadtrates ab und vor allem von der anwesenden Franziska Baetcke, die für die Leitung der Bibliotheken verantwortlich ist. Wir wünschen uns jetzt von dieser Leitung, vom Stadtrat und der Bibliotheksleitung, dass sie engagiert und fair verhandeln, den definitiven Mietvertrag der Bibliothek. Und da das Maximum herausholen, das für die Stadt möglich ist. Wir wünschen uns, dass sie die bestmögliche Nutzung dieser Räume heranbringt und vor allem auch eine bestmögliche Nutzung/Auslastung, den bestmöglichen Einsatz der Bibliotheksmitarbeitenden.

Der Stadtrat hat bei der Präsentation des Geschäfts in Aussicht gestellt, dass in Zukunft auch Dienstleistungen angeboten werden können in dieser Bibliothek, die jetzt an anderen Orten angeboten werden. Das scheint uns ein sehr vernünftiger Ansatz, der auch dazu führen kann, dass die Kosten in der Summe sinken und gleichzeitig die Dienstleistung gegenüber dem Bürger steigt. Das würden wir uns wünschen und wir hoffen, dass im Endeffekt nicht einfach nur ein Ausbau sichtbar wird, sondern dass es effektiv auch einen Effizienzgewinn gibt. Bei den Nutzern ist uns wichtig, dass der Fokus nicht nur auf denjenigen Nutzern liegt, die sich die Inhalte auch an anderen Orten besorgen können, die bei einem Kaffee die Zeitung lesen können oder sich irgendein Medium auch kaufen können. Für diese steigt jetzt primär einfach die Lebensqualität in Oberwinterthur. Das ist nett. Für uns ist es wichtig, dass der Fokus der Bibliotheken auf den Nutzern liegt, die sich die Inhalte nicht an einem anderen Ort besorgen können, weil sie schlichtweg das Geld dafür nicht haben. Wir hoffen, dass die Ausrichtung wirklich auch in diese Richtung geht. Wir würden uns sehr wünschen, wenn wir den Erfolg bei dieser Bevölkerungsgruppe, bei der bildungsfernen Bevölkerungsgruppe, in Zukunft irgendwo ein bisschen messen könnten und dort eine Entwicklung sehen könnten. Wir stimmen dem Kredit zu, danke vielmals.

**D. Roth-Nater (EVP):** Das Potenzial für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Quartierentwicklung und der Bibliotheksentwicklung ist eine unterstützenswürdige Vorwärtsstrategie und wir haben hier nun die Chance, dieser Strategie, mit der neu zu gestaltenden Bibliothek Oberi, wo die gemeinsame Angebotsentwicklung praktisch umgesetzt werden soll, Vorschub zu leisten.

Es ist auch wichtig, dass der neue Standort einen einfachen und barrierefreien Zugang erfüllt, denn das ist in der jetzigen Bibliothek Oberi überhaupt nicht der Fall. An unserer letzten BSKK-Sitzung waren wir in dem besagten Lokal und haben uns das angesehen. Es muss so oder so ein neuer Bibliotheksort gefunden werden, ganz abgesehen vom vorliegenden Objekt, denn dass die eine und einzige Toilette (Nina hat es erwähnt), die sich im Untergeschoss und nur über Treppen zugänglich ist, befindet, ist ganz einfach nicht ok. Eine Bibliothek ist für alle da, inklusive der Toilettenbenutzung für alle.

Das ist uns allen klar und wir möchten das ändern, besser heute wie erst morgen. Auch die Bücherregale befinden sich treppauf und treppab und sind ohne Lift nicht zugänglich für viele unserer Mitmenschen, welche auf ihre Räder angewiesen sind, die also nicht Treppensteigen können. Denn wie wir alle wissen, sind die 5-Minuten-Quartiere, die wir anstreben, essenziell, um den Quartierbewohnerinnen und -bewohnern innerhalb dieser 5-Minuten-Gehdistanz – sei das mit oder ohne Rollator – ein gutes Bibliotheksangebot und so wie es die Bibliothekstrategie vorsieht auch ein Info-Desk der Quartierentwicklung zu integrieren. Wir wollen also vorwärtsschauen und Leben fördern, wo sich die Menschen bewegen.

Es scheint nach der ausgiebigen Diskussion klar und auch Christian Maier hat das nochmals gesagt: Es soll nicht ein beliebiger Quadratmeterpreis abgemacht werden oder man sollte sich diesen nicht aufschwätzen lassen, sondern die Stadt ist eine zuverlässige Langzeitmieterin. Und das darf nicht unterbewertet werden sein, von keiner der beiden Verhandlungspartnerinnen. Das ist auch unsere Erwartung von der EVP an den Stadtrat. Danke vielmals. Wir stimmen dem Geschäft zu.

**N. Holderegger (GLP):** Winterthur wirbt mit dem Label Kulturstadt. Und auch die Bibliotheken mit all diesen Veranstaltungen für Jung und Alt sind ein wichtiger Teil dieses Kulturlebens. Diesem Wert, diesem hohen Wert, meine Damen und Herren, dem muss man Sorge tragen. Dazu sind wir alle verpflichtet. Wir wollen nicht, dass Winterthur zu blutarmen Quartieren verkommt. Wir wollen keine grossen Trabantenquartiere.

Vielmehr sollten die Winterthurer Bibliotheken und damit auch die Quartierbibliothek Winterthur eben der Treffpunkt für Jung und Alt bleiben und einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration beitragen.

Der vorgesehene Standort ist für Jung und Alt attraktiv. Der Mietzins von 127'000 Franken pro Jahr ist anerkanntermassen hoch für Winterthur. Doch wäre es, und das müssen wir berücksichtigen, für die Terresta AG ein Leichtes, genau an dieser Stelle ein Rendite-Objekt

hinzustellen. Und dann, was würde dann der Stadt Winterthur bleiben? Nichts. Es gibt aktuell keinen alternativen Standort, der in Aussicht ist. Und wir wissen, wir haben es gehört: Wir müssten Sanierungskosten von unbekannter Höhe in die Hand nehmen. Das ist unsicher und das wollen wir nicht. Es geht darum ganz einfach um die Frage: Wollen wir diese Quartierbibliothek, die den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung, der Winterthurer Bevölkerung, Rechnung tragen soll - Ja oder Nein.

Die grünliberale Fraktion beantwortet diese Frage klarerweise mit Ja.

Wir vertrauen darauf, dass Herr Künzle die anstehenden Verhandlungen mit der Terresta AG entsprechend führt, dass Wert daraufgelegt wird, dass die Mieterin die Stadt Winterthur ist und damit eben nicht eine «normale» Mieterin. Also OR-rechtlich schon, aber es steht doch eine Stadt dahinter mit ihren Interessen. Und dass man da nochmals darauf drängt, ja darauf pocht, dass ein möglichst niedriger Mietzins heraussehen kann.

Wie gesagt, die grünliberale Fraktion stimmt dem Antrag zu.

**M. Steiner (SP):** Der Antrag ist in einer Linie mit der neuen Winterthurer Bibliotheksstrategie. Er stärkt die Weiterentwicklung der Bibliotheken als Ganzes und als Haus des Wissens. Wichtig bleibt für uns als SP-Fraktion der Schwerpunkt auf einen niederschweligen und informellen Bildungs- und Lernort.

Die SP-Fraktion unterstützt den Zusatzkredit für die Ausrichtung der Quartierbibliothek Oberi. Wir danken Nina für das Vorstellen dieses Geschäfts und Frau Baetcke für das Beantworten der Fragen und für das Unterstützen und das Vorstellen des Geschäfts auch in der Kommission.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Herzlichen Dank, Nina, für das Vorstellen dieses Antrags, dieser Weisung.

Ich möchte gleich am Anfang nicht unterlassen, Franziska Baetcke (Leiterin Winterthurer Bibliotheken) und Lea Gysel, das ist sie mit der Brille gleich daneben (Leiterin Quartierbibliotheken) zu danken. Sie haben jetzt viel Geduld gebraucht. Sie waren vor einer Woche schon hier in der Hoffnung, es werde beschlossen. Jetzt sind sie wieder da und brauchen auch innerhalb dieser ersten Hälfte wieder Geduld. Man könnte jetzt also heute Abend ihre Geduld belohnen.

Wenn ich aber in die Fraktionen hineingehört habe, die gesprochen haben, dann sieht das ganz gut aus. Es wurde vieles schon gesagt. Wir sind wirklich auf dem Weg, auch eine Unterstützung zu bieten für Winterthur 2040, wo wir die 5-Minuten-Quartiere anpeilen wollen. Und da könnten die Bibliotheken in den einzelnen Stadtkreisen wirklich gute Dienste leisten. Wissenszentrum ist gefallen, Begegnungszentrum, Dienstleistungen anbieten – ich glaube, das ist modernes Bibliothekswesen. Und das braucht mehr Raum in Oberwinterthur, das wurde gesagt.

Und ich weiss nicht, wie viele von Euch geschichtsaffin sind: Wir würden mit der Stefanini-Stiftung, also mit der Terresta, in ein Haus, ein geschichtsträchtiges Haus aus dem 16. Jahrhundert einziehen. Also das findet man nicht überall. Ich weiss gar nicht, ob es noch ältere Häuser gibt in Oberi. Aber 16. Jahrhundert, das hat eine Geschichte, das hat eine Bedeutung. Und ich finde das absolut reizvoll, dass man dort – eben auf mehr Raum – Bibliotheksleistungen anbieten könnte.

Ich bin auch sehr froh, dass die Kommission gesehen hat, wie eng es ist bei den jetzigen Räumlichkeiten. Dort werden wir mehr Platz haben, viel mehr Platz. Und wir werden Platz haben, um eben auch mit der sozialen Stadtentwicklung zusammenarbeiten zu können, das wurde auch schon gesagt, was für uns ein sehr wichtiger Aspekt ist: Dass wir die Bibliotheken etwas öffnen können, nicht nur einfach Bibliotheksleistungen erbringen, sondern mit anderen Bereichen zusammenarbeiten.

Es sieht gut aus. Ich bedanke mich für die wohlwollenden Rückmeldungen und freue mich auf die Abstimmung.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke an den Stadtpräsidenten. Damit kommen wir auch da schon zur Abstimmung über dieses Geschäft. Der Antrag des Stadtrats liegt vor, es sind

drei Absätze, bei denen es wie gesagt um diesen Kredit geht, um den entsprechenden Verpflichtungskredit zuzulasten der Investitionsrechnung und um die Bewilligung für allfällige Mehrkosten der Teuerung.

Wer diesem Geschäft, so wie es vorgelegt ist vom Stadtrat, zustimmen möchte, soll mit Handerheben kennzeichnen. - Auch da scheint es die überwiegende Mehrheit zu sein. Gegenstimmen?

Möchte sich jemand enthalten?

Da haben wir sogar eine einstimmige Zustimmung. Danke vielmal.

## 9. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2022.81: Verpflichtungskredit von Fr. 1'785'000 für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Fussballanlage Sporrer (Projekt-Nr. 13280)**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2022.81: Verpflichtungskredit von Fr. 1'785'000 für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Fussballanlage Sporrer (Projekt-Nr. 13280). Das Wort für die Vorstellung des Geschäfts hat André Zuraikat (Die Mitte/EDU).

**A. Zuraikat (BSKK):** Ich darf Euch das Geschäft vom Kunstrasen Sporrer vorstellen. Da geht es um einen Verpflichtungskredit von knapp 1,8 Millionen Franken.

Die Ausgangslage: Auf dem Sporrer haben wir eine Tennisanlage, wir haben eine Reitsportanlage und verschiedene Rasenflächen. Im Prinzip geht es dort eigentlich um den Bereich, der hier in rot markiert ist, die rechte Seite. Dort ist jetzt ein Sandplatz. Dort soll ein Kunstrasen hinkommen. Das für Euch, um zu sehen, wie es dort heute aussieht.

Die aktuelle Situation: Wir haben eine veraltete Rasensportanlage, die über 30 Jahre dort vorhanden ist. Diese muss instandgesetzt werden. Es gibt Wartelisten von Fussballclubs und auch bei den Nachwuchsabteilungen. Der FC Wülflingen hat heute 18 Teams und zwei Rasenplätze, also einfach keinen Platz. Wir brauchen viel mehr Nutzungsfläche für die Juniorinnen und Junioren. Und deshalb soll der Sandplatz, den ich vorhin auf der Folie gezeigt habe, ersetzt werden durch Kunstrasen.

Die gesamtstädtische Strategie ist eigentlich, dass es pro Rasensportanlage ein Kunstrasenfeld haben soll.

Was da noch ein Vorteil ist: Auf der rechten Seite seht ihr den Sandplatz, der jetzt neu Kunstrasen werden soll. Auf der linken Seite sollen neu zwei Trainingsplätze erstellt werden, so dass es mehr Trainingsfläche gibt. Das sind dann einfach 9er-Spielfelder statt die klassischen 11er-Spielfelder. Damit soll sichergestellt werden, dass auch ein Übergang zur Reitsporthalle gestaltet werden kann.

Um was geht es beim Kunstrasen? Wir haben ein Auffüllsystem ohne Gummigranulat, wie das die meisten in Winterthur haben. Es soll rund um den Kunstrasen Ballfangnetze geben und auch Abstellflächen für Goals, Sitzgelegenheiten und Bäume, mit den Erfahrungen, die man bisher gemacht hat bei den bestehenden Plätzen. Und das ganze Entwässerungssystem soll unterirdisch verankert sein und auf die bestehende Foundation aufbauen, als Ergänzung.

Zu den gebundenen Kosten von 0,9 Millionen: Das ist eigentlich das ganze Werk, um das es geht bei einem Kunstrasen. Also Werkleitungen, Ballfangnetz, Aussenraum und Entsorgungsstelle. Das sind alles gebundene Kosten, von 0,9 Millionen Franken.

Zu den ungebundenen Kosten: Es geht wie gesagt um knapp 1,8 Millionen Franken. Der Sportfonds trägt 280'000 bei zu diesem Projekt. Die Gesamtkosten sind bei etwas mehr als 2,5 Millionen.

Wie sieht die Planung aus? Das Baubewilligungsverfahren läuft jetzt gerade. Die Submission wird dann auch noch erfolgen, nach der Kreditbewilligung durch uns (also heute). Im Frühling fängt man mit dem Bau an. Und der Kunstrasen soll im Herbst nächstes Jahr in Betrieb genommen werden.

Wir haben das Geschäft in zwei Lesungen in der BSKK besprochen und das Geschäft kam bei uns einstimmig durch.

Das wäre es von meiner Seite. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, André. Wir haben schon angekündigt, dass wir dieses Geschäft ohne Diskussion bearbeiten werden. Es gibt keinen Antrag auf Diskussion. Dann ist jetzt das Wort beim Stadtrat.

**Stadtrat J. Altwegg:** Ich möchte das nicht allzu sehr verlängern, wenn es schon keine Beratung gibt. Es ist eine wichtige Sache, vor allem auch für den Fussball mehr im Westen von Winterthur. Und ich bedanke mich schon jetzt für die Unterstützung dieses guten Projekts.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke an den Stadtrat. Dann kommen wir damit schon zur Schlussabstimmung.

Wer diesem Geschäft zustimmen möchte, wie es vorgestellt wurde und wie Sie es auch auf dem Blatt der Kommissionsentscheide haben, soll das mit Handerheben kennzeichnen. Das ist sicher die ganz grosse Mehrheit.

Gibt es Gegenstimmen?

Gibt es Enthaltungen? – Eine.

Dann haben Sie dieses Geschäft also mit einer überwiegenden Mehrheit gegen eine Enthaltung angenommen.

## 10. Traktandum

### Parl.-Nr. 2022.88: Legislaturprogramm 2022–2026

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2022.88: Legislaturprogramm 2022–2026. Das Wort hat zuerst der Referent Daniel Oswald.

**D. Oswald (AK):** Ich verzichte auch da auf elektronische Hilfsmittel und halte mein Votum einfach mündlich.

Wie in der Gemeindeordnung definiert ist, legt der Stadtrat zu Beginn der Legislatur dem Parlament das Legislaturprogramm zur Kenntnisnahme vor. Das hat der Stadtrat auch gemacht und wir befinden heute über diese Kenntnisnahme.

Das Legislaturprogramm 2022-2026 wird eingebettet in die Langfristziele der Stadt Winterthur. Das sind: Kultur- und Bildungsstadt, Wirtschaft, Finanzen, Klima, Mobilität und Energie, sozialer Zusammenhalt, Urbanität und Lebensqualität, Verwaltung als Dienstleisterin und Digitalisierung.

Zuerst etwas über die Erstellung des Legislaturprogramms: Die Erarbeitung erfolgte in einem offenen Strategieprozess. Bei den Departementen gab es Workshops, wo der Inhalt zusammengetragen wurde. Und zusätzlich wurde eine externe Studie eingearbeitet. Anschliessend hat der Stadtrat gemeinsam dieses Legislaturprogramm erarbeitet, das uns jetzt zur Kenntnisnahme vorliegt.

Zusammengefasst mit folgenden vier Schwerpunktthemen: Lebensqualität und Stadtentwicklung, Klimaschutz und Klimaanpassung, sozialer Zusammenhalt, leistungsfähige Verwaltung. Da wurden 23 konkrete Massnahmen definiert.

Kurz angetönt, um was für Massnahmen es sich dabei handelt: Das Wachstum der Stadt Winterthur wird weiterhin anhalten. Mit diversen Projekten im Bereich der Stadtentwicklung, der Richtplanung und der Mobilität nimmt der Stadtrat das in die Hand und möchte das Wachstum mitgestalten und nicht nur sich selbst überlassen.

Im Umgang mit den klimatischen Entwicklungen nimmt sich der Stadtrat intensiv der Wärmeversorgung, dem Netto Null-Ziel der Stadtverwaltung und der erneuerbaren Energien sowie der Antizipation zur Klimaentwicklung im städtischen Raum an.

Beim Schwerpunkt sozialer Zusammenhalt sind Massnahmen zur Gleichstellung sowie zur Betreuung der älteren Generation vorgesehen.

Digitalisierung und Sicherung der Vorsorgeleistungen sind wichtige Massnahmen im Schwerpunktthema leistungsfähige Verwaltung.

Das Legislaturprogramm ist bereits digitalisiert aufgebaut und online sehr gut und jederzeit erreichbar. Und das finden wir auch sehr gut so, wie das gemacht ist.

Die Aufsichtskommission hat das Legislaturprogramm an der Sitzung vom 7. November beraten und zur Kenntnis genommen.

Und damit besten Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben. Wir finden das von der Aufsichtskommission her eine gute Zusammenfassung, es ist auch gut dargestellt, übersichtlich und man hat guten Zugang.

Ich bin gespannt auf die Diskussion. Besten Dank.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Daniel Oswald. Dann ist die Diskussion und Würdigung zu diesem Programm offen. Ich habe als erste Rednerin Regula Keller (SP).

**R. Keller (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für das – im Vergleich zum letzten Programm – doch etwas übersichtlichere und stärker priorisierte und auch (aus meiner Sicht) etwas ansprechender aufbereitete Legislaturprogramm. Besonders angesprochen hat uns, dass man jetzt auch ganze Sätze macht und nicht nur einzelne Stichworte, bei denen man nicht so genau weiss, was eigentlich damit gemeint ist.

Wir haben das mit Interesse gelesen und die vier definierten und beschriebenen Themenfelder decken auch aus unserer Sicht die wichtigen Themen ab, die es in der Stadt gibt und mit denen wir uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Insgesamt sind die Massnahmen für uns nachvollziehbar und auch zielgerichtet und es ist auch gut, dass es im Vergleich zum letzten Programm (dort hatten wir das ja bemängelt) ein bisschen weniger Sachen hat, bei denen ein Bericht herauschaut oder irgendeine Abklärung gemacht wird, wo Strategien entwickelt werden. Es hat auch einige Massnahmen darunter, mit denen ein ganz konkreter Mehrwert erreicht wird oder mindestens geplant ist. Zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen, da kann man sich gut etwas darunter vorstellen.

Die Publikation ist für die interessierte Allgemeinbevölkerung in Winterthur etwas Gutes, um einmal zu schauen, wo eigentlich diese Stadt hinwill, wo man die Prioritäten setzt, was macht man in den nächsten Jahren? Und für uns Politikerinnen und Politiker gibt es einen groben Überblick, über das, was man in den nächsten Jahren angeht.

Und dann habe ich natürlich trotzdem noch, nach all dem Lob, auch noch ein paar Bemerkungen. Für mich ist es nicht in jedem Fall wirklich nachvollziehbar, warum bestimmte Massnahmen auf dieser Liste stehen und andere vielleicht nicht und wie die Priorisierung eigentlich erfolgt. In der Zeitung konnte man lesen, dass alle Departemente sozusagen Haare lassen mussten, was mir im Übrigen auch nicht besonders viel sagt, weshalb diese Priorisierung so ist, wie sie ist. Auch die unterschiedlichen Flughöhen bei der Beschreibung der sogenannten Meilensteine sind ein bisschen irritierend, ich habe die Systematik nicht wirklich ganz durchschaut. Zum Teil weiss ich nicht recht, ob das alle Meilensteine sind oder ob das eine Auswahl von Meilensteinen ist, die man da aufgeführt hat.

Ins Auge gestochen ist mir zum Beispiel beim Thema «Familien stärken»: Der einzige Meilenstein, den es hat, heisst «Politisches Lobbying für Stärkung der Kinderbetreuung». Und in meinen Ohren oder wenn ich das lese, heisst das eigentlich: Wir wissen eigentlich nicht so genau, wie wir das umsetzen und lobbyieren mal ein bisschen. Ich glaube, es wäre nicht schlecht gewesen, auch zu sagen, was die Stadt Winterthur im Bereich vom Familien stärken in der Kinderbetreuung eigentlich leisten könnte.

Mein grösstes «Aber» oder meine grössten «Abers» sind aber trotzdem ein paar Themen, von denen ich finde – und von denen auch die SP-Fraktion der Meinung ist, dass diese eigentlich schon legislaturwürdig sind. Und wir verstehen zum Teil nicht so ganz, weshalb dazu gar nichts steht. Das Thema Bildung zum Beispiel und die Schule kommen schlicht und einfach nicht vor - und das ist doch ein bisschen befremdlich. Es gibt doch einige Dinge im Bereich der Bildung und der Schule, die irgendwie doch noch ziemlich wichtig sind, zum Beispiel

die neue Schulbehördenorganisation. Das braucht eine ziemliche Zeit, bis diese etabliert ist. Und dass da gar nichts dazu steht, das dünkt uns ein bisschen eigenartig.

Das Thema Durchmischung kommt nicht vor, das hätten wir jetzt auch wichtig gefunden. Und, mein Lieblingsthema, und ich sage es wahrscheinlich zum 50. Mal: Das Thema Tages-schulen ist auch gar nicht aufgeführt.

Die Kultur fehlt – kein Wort zum Thema Kultur. Da gibt es doch auch allerhand Themen: Das Kulturleitbild, Subventionsbeiträge, überhaupt das Thema Bildungs- und Kulturstadt Winterthur. Das kommt überhaupt nicht vor.

Zum Thema sozialer Zusammenhalt vermissen wir konkrete Massnahmen, die in der Gesamtbevölkerung etwas ändern oder für sie etwas bedeuten würden. Es werden bestimmte Bevölkerungsgruppen (behinderte Menschen, alte Menschen, Menschen die keine Ausbildung haben) aufgeführt – das sind alles sehr wichtige Themen, aber daneben gibt es ja schon noch die «allgemeine» Bevölkerung. Und in der räumlichen Entwicklungsperspektive 2040 ist ja das Thema der Stärkung der gewachsenen Quartiere ja auch explizit erwähnt. Und ich hätte erwartet, dass da irgendetwas stehen würde.

Und die Stärkung der Quartierkultur, der Quartiere, des Quartierslebens - dass das irgendwie Eingang in die Legislaturziele oder ins Legislaturprogramm finden würde. Ein Beispiel sind wie schon gesagt die älteren Menschen. Die sind nämlich nicht nur bedürftig, sie wollen auch an der Kultur in den Quartieren teilnehmen. Sie wollen Sachen nutzen, die im Quartier passieren. Und diese sozusagen auf das Pflegen zu beschränken oder ein bisschen einzugrenzen, finde ich ein bisschen eigenartig.

Und weiter eigenartig finde ich auch, dass das Wort «Finanzen» nur 1 x vorkommt im Legislaturprogramm, nämlich in Bezug auf die Langfristziele. Und ich bin ein bisschen unsicher, ob den Stadtrat und auch uns als Parlament finanzstrategische Themen tatsächlich erst langfristig beschäftigen werden. Und bis 2026 haben wir nichts mehr mit Finanzen zu tun. Schön wäre es; also ich hätte nichts dagegen – aber ich glaube es nicht, dass das so sein wird. Ich habe jetzt einige Dinge gesagt. Grundsätzlich nehmen wir aber das Programm natürlich auch dankend zur Kenntnis. Ich möchte auch danken dafür, dass man das für uns übersichtlich aufbereitet hat. Und wir hoffen natürlich, dass wir dann 2026 in einem Bericht lesen werden, dass man das alles erreicht hat – und vielleicht noch ein paar Sachen dazu.

Danke vielmals.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Die Bekanntgabe des Legislaturprogramms wird vom Stadtrat aus unserer Sicht ziemlich zelebriert und als der Wegweiser genommen. Wir vom Parlament nehmen ihn aber nur zur Kenntnis. Das heisst, wir geben nicht unsere Zustimmung zu den erwähnten Punkten. Lieber Stadtrat und das heisst, Ihr könnt nicht darauf zählen, dass wir Eure Ziele und Programme bei deren Umsetzung immer gutheissen.

Zum Programm: Es ist, wie bereits Dani erwähnt hat, digital und kommt benutzerfreundlicher daher.

Zum Inhalt: Auch wir sind der Ansicht, dass es eine stadtverträgliche Mobilität braucht. Aber Tempo 30 auf möglichst vielen Strassen ist weder smart noch innovativ, sondern primär die Umsetzung einer links-grünen Verkehrsdeologie. Die Mitte hat schon lange gefordert, dass unsere Quartierbahnhöfe besser erschlossen werden und die Zugverbindungen zwischen den einzelnen Quartieren verbessert werden. Dazu finden wir im Legislaturprogramm leider keine Aussagen. Eine wesentliche Entlastung der Quartiere wäre auch die Umsetzung der Erschliessung Neuhegi-Grüze, dieses wichtige Infrastrukturprojekt ist zum Glück Bestandteil des Legislaturprogramms. Wir hoffen, dass die Planung in Angriff genommen wird und die Umsetzung möglichst schnell folgen kann.

Beim Thema Digitalisierung wollen wir, dass Bürgerinnen und Bürger einen konkreten Mehrnutzen haben. Wenn jede Winterthurerin und jeder Winterthurer seinen persönlichen elektronischen Zugang zu allen städtischen Informationen und Dienstleistungen hat, dann kann man von einer Smart City sprechen. Hier sind uns die Legislaturziele nicht nur zu wenig ambitiös, sondern - wie schon lange gefordert - es fehlt uns dazu eine klare Road Map.

Beim Lesen des Legislaturprogramms bekamen wir den Eindruck, viele Stadträte leben in einer Bubble. Das Thema Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft und auch Finanzen sind anscheinend

irrelevant, Regula hat es auch erwähnt. Für die Mehrheit vom Stadtrat, haben wir den Eindruck, ist es eh einfach: Wenn das Geld fehlt, wenn man mehr Geld benötigt, erhöht man einfach die Steuern. Aber so geht es nicht!

Eine lebenswerte Stadt braucht gute und attraktive Arbeitsplätze. Einerseits, damit möglichst viele Winterthurerinnen und Winterthurer in Winterthur arbeiten können. Das führt nämlich zu weniger Pendlerverkehr und hat positive Auswirkungen auf die Umwelt. Andererseits ist eine starke Wirtschaft aber auch Grundlage für ein ausreichendes Steueraufkommen. Da der Stadtrat, wie wir im Budget 2023 widergespiegelt gesehen haben, mit laufend höheren Steuereinnahmen rechnet, hätten wir schon erwartet, dass im Legislaturprogramm auch konkrete Aussagen zum Wirtschaftsstandort Winterthur gemacht werden. Man sollte die Kuh, die Milch gibt, schon noch füttern. So wenig eine Kuh nur mit Subventionen überlebt, so wenig kann Winterthur auch auf immer mehr Finanzausgleich vom Kanton hoffen.

Wir von der Fraktion Die Mitte/EDU nehmen das Programm zur Kenntnis. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass der Stadtrat ein Legislaturprogramm ausgearbeitet hat, das bei einzelnen Themen gute Ansätze hat - aber uns als Gesamtprogramm weder begeistert noch fachlich überzeugt.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Wir sind uns bewusst, dass die Legislaturziele ein Instrument des Stadtrates sind. Wir sind eingeladen, das zu kommentieren - und diese Gelegenheit nehmen wir gerne wahr.

Wir begrüßen es sehr, dass die Legislaturziele «eingekocht» worden sind: Viel weniger Massnahmen als in der letzten Legislatur. Und die, die es hat, sind konkret und messbar. Vielen Dank für diese grosse Arbeit!

Erstaunlich viele Schwerpunkte betreffen etwas, das man bauen kann. Sogar beim sozialen Zusammenhalt hat irgendwie der Adlergartenneubau Eingang gefunden. Wir würden das Wohlergehen der Stadt lieber an Menschen messen als an Bauten. Das Erreichte scheint so für den Stadtrat leichter messbar. Ziele zum Anfassen, sozusagen. Vielleicht als Gegengewicht zu den vielen Berichten in den letzten Legislaturzielen.

Wirklich schwierige Ziele sind so kaum enthalten. Ich hätte zum Beispiel eines, das mich schon länger umtreibt: Wie gewinnt man die Bevölkerung mit Migrationshintergrund für den Klimaschutz? Das wäre eine aus meiner Sicht richtig knifflige Frage, wo man dazu ein Ziel suchen könnte. So gut messbar wie der Adlergartenneubau und die Velovorzugsrouten wäre es allerdings nicht. Dafür könnte man mit der Lösung solcher Fragen sicher sehr viel bewegen. Und wie man solche Ziele dann noch messbar macht, fände ich eine sehr spannende Frage.

Auch aufgefallen ist uns, dass der Stadtrat sich zum Ziel gemacht hat, zu machen, was er ohnehin machen muss. Zum Beispiel bei der finanziellen Stabilisierung der Pensionskasse. Das ist für uns ein Ziel, das eher ein bisschen schräg in der Landschaft steht.

Wir unterstützen aber die gesetzten Schwerpunkte voll und ganz. Dass in den sozialen Zusammenhalt investiert werden soll, finden wir sehr wichtig. Uns freut auch, dass die Klimamassnahmen ein so grosses Gewicht erhalten haben. Wir haben überhaupt nichts zu kritisieren an diesen Schwerpunkten, vom Inhalt her. Und wir sind freudig gespannt auf die Umsetzung.

**Ch. Hartmann (SVP):** Der Stadtrat ruft zurzeit die Bevölkerung zum Sparen auf – zum Energie sparen. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Legislaturprogramm müsste der Stadtrat die Bevölkerung aber vor allem auch zum persönlichen Sparen aufrufen. Weil Geld – viel Geld! – wird der Stadtrat brauchen, um seine Massnahmen zu realisieren.

Leider schweigt sich das Legislaturprogramm darüber aus, woher das Geld kommen soll. Themen wie «Finanzen» oder «Wirtschaft» waren bereits im letzten Legislaturprogramm nicht mehr ganz oben – jetzt fehlen sie komplett. Der Stadtrat scheint sich keine Sorgen darüber zu machen, dass gute Steuerzahler wie Wärtsilä und ZimmerBiomet von Winterthur wegziehen. Oder darüber, dass Winterthurerinnen und Winterthurer in den Speckgürtel ziehen und dort den Steuersatz tief halten.

Zahlreiche der geplanten Massnahmen führen zu einer zusätzlichen Belastung von KMU und Grossunternehmen. Standortförderung ist das sicher nicht.

Es fehlen Strategien, wie die Steuererträge durch Zuzüge gesteigert werden können – und nicht nur durch Steuererhöhungen. Nicht einmal die Erarbeitung einer solchen Strategie ist geplant. Eine Finanzierung auf Pump wäre jedenfalls das Schlechteste, was wir kommenden Generationen hinterlassen könnten.

Die SVP fände es ehrlicher, der Stadtrat würde die Langfristziele überarbeiten oder gleich weglassen, wenn es ein Langfristziel wie «Winterthur ist ein attraktiver und selbstbewusster Wirtschaftsstandort» nicht in irgendeiner Form ins Legislaturprogramm schafft. Weil: Erreicht haben wir das ja bisher nicht.

Von der fehlenden Integration der Langfristziele abgesehen ist das Legislaturprogramm unserer Meinung nach gut strukturiert, auf einer grösstenteils angemessenen Flughöhe und über weite Strecken verständlich formuliert. Insgesamt ist die Menge der Massnahmen kürzer als vor vier Jahren, das Legislaturprogramm weniger komplex und damit übersichtlicher geworden. Ob die spielerische Online-Version Nutzen stiftet, muss man dann an den Zugriffszahlen prüfen. Jedenfalls können Bürgerinnen und Bürger verstehen, wenn sie sich dann dafür interessieren, was in Sachen Massnahmen auf sie zu kommt – und was sie finanziell in Zukunft stemmen müssen.

Selbstverständlich orientiert sich das Legislaturprogramm an den politischen Mehrheiten und diese sind bekanntlich nicht so, wie sich die SVP das vorstellt. Trotzdem ist es überraschend, wie sehr die Legislaturziele sich fast ausschliesslich an den Wünschen der eigenen links-grünen Klientel orientieren. Und wie eng der Fokus häufig ist. So werden Familien ausschliesslich durch teure, hochreglementierte Kinderbetreuung gestärkt. Die Förderung kostengünstiger Alternativen wie Jugendorganisationen und Sportvereinen mit ihren vielen ehrenamtlich Tätigen scheint kein Problem oder kein Thema zu sein. Und dies, obwohl besonders seit der Pandemie auch die Vereine vermehrt Personalprobleme haben.

Es gibt allerdings auch vereinzelte positive Entwicklungen. So hat die SVP beim letzten Legislaturprogramm moniert, dass die Erschliessungsstrasse Neuhegi fehlte – jetzt ist sie drin. Wir erwarten konsequenterweise vom Stadtrat, dass er die Realisierung dieser Strasse jetzt mit der gleichen Energie vorantreibt, wie zum Beispiel Tempo 30 rund um die Altstadt.

Die definierten Massnahmen im Legislaturprogramm sind gemäss Stadtrat prioritär und sollen auch prioritär umgesetzt und finanziert werden. Prioritäten setzen heisst nicht zuletzt auch zu entscheiden, was nicht prioritär ist. Darum sollte es weitergehende Kreditanträge aus den Departementen eigentlich gar nicht geben oder sie sollten es im Stadtrat sehr schwer haben und nicht einfach oben auf das Legislaturprogramm gepackt werden. Wir werden ein Auge darauf halten, ob dem so ist.

Die SVP nimmt das Legislaturprogramm auftragsgemäss und ohne Begeisterung zur Kenntnis.

**S. Kocher (GLP):** Danke, Daniel, für das Vorstellen des Geschäftes.

Erstens: Das vom Stadtrat erstellte Dokument inklusive der Onlineversion, wo er sehr transparent seine Legislaturziele für alle zugänglich festhält, finden wir eine sehr gelungene Plattform, um in den kommenden vier Jahren die Ziele transparent verfolgen zu können.

Zweitens: Es ist für uns klar, dass nebst den im Programm festgelegten Schwerpunkten parallel noch ganz andere Ziele und Aufgaben verfolgt werden müssen. Das darf man an dieser Stelle auch nicht ganz vergessen.

Mit den vier definierten Schwerpunkten Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt, leistungsfähige Verwaltung und Klimaschutz trifft er die wichtigen Handlungsfelder sehr gut. Besonders dass der Bereich Klimaschutz auf einer Ebene mit den anderen Zielen gleichgestellt wird, begrüsst die GLP sehr. Das Legislaturprogramm zeigt inhaltlich schön auf, wie diversifiziert die Aufgabe und Herausforderungen in der Stadt Winterthur sind.

An diesen Zielen will der Stadtrat in vier Jahren gemessen werden. Was man sicher feststellen kann, ist, dass es deutlich weniger Ziele als in der vergangenen Legislatur sind. Auch das begrüssen wir sehr. Es hat sich gezeigt, dass am Ende halt weniger doch mehr ist.

Natürlich sind in diesem Legislaturprogramm nicht alle Ziele gleich einfach erreichbar. Und auch nicht alle Ziele liegen zu 100% im vollen Einflussbereich des Stadtrates. Das könnte man vielleicht ein bisschen kritisieren. Aber im Grossen und Ganzen erscheint das Programm ausgeglichen an Herausforderungen und fördert Transparenz und das departementübergreifende Zusammenarbeiten

Wenn alle 23 Massnahmen umgesetzt werden, sind wir sehr positiv gestimmt, was die Entwicklung der Stadt betrifft.

Es ist jetzt aber noch nicht die Zeit, die Umsetzung der Massnahmen im Detail zu beurteilen. Jetzt beobachten wir zuerst gespannt die einzelnen Handlungsfelder und Massnahmen und sind gespannt, ob der Stadtrat in diesem Legislaturprogramm seine Eigenbeurteilung von einer Note 5, wie im letzten Legislaturprogramm sogar übertreffen wird und eventuell alle einzelnen 23 Massnahmen jeweils mit Bestnoten erfüllt. Wir wünschen es ihm im Interesse der Stadt Winterthur.

Wir nehmen das Legislaturprogramm positiv zur Kenntnis und danken allen, die daran mitgearbeitet haben.

**R. Hugentobler (Grüne/AL):** Ich sage auch noch ein paar Worte zu diesem Legislaturprogramm. Es wurde schon einige Male erwähnt, ich möchte vor allem auch die schöne grafische Darstellung im Internet loben. Ich glaube, das lädt wirklich dazu ein, sich da ein bisschen durchzuklicken. Einiges dünkt einen interessant und man möchte es etwas genauer wissen, anderes kann man dann auch links liegen lassen.

Im Grossen und Ganzen nehmen wir dieses Legislaturprogramm auch positiv zur Kenntnis. Und ich weiss, wahrscheinlich wird es nachher auch heissen: Nur weil es nicht im Legislaturprogramm steht, heisst das nicht, dass sich der Stadtrat nicht auch um dieses Thema kümmert.

Trotzdem möchte auch ich noch 1 – 2 Punkte von unserer Seite anmerken. Zu Bildung und Kultur wurde schon einiges gesagt, da kann ich mich nur anschliessen. Noch ein paar Themen, die bei uns noch etwas zu reden gaben, sind einerseits die Geschichte mit den Freiräumen, wo es natürlich sehr schön ist, dass da am Stadtrand ein Park entstehen soll – wir hoffen aber natürlich auch, dass es auch weitere Freiräume in der Stadt selbst gibt. Und auch nicht nur in der Natur, sondern auch auf den Strassen und in den Gebäuden.

Was uns auch ein bisschen fehlte, von dem wir aber wissen, dass das bei einer schnell wachsenden Stadt auch ein bisschen schwierig ist, ist das Thema Suffizienz. Da könnte man doch auch noch ein bisschen mehr den Fokus darauflegen, wo man doch energietechnisch etwas sparen könnte, so dass man auch den Netto Null-Zielen etwas näher kommt.

Persönlich möchte ich noch positiv den Masterplan Süd hervorheben. Ich finde es sehr gut, dass sich der Stadtrat da so offensiv in diese Debatte eingebracht hat. Und ich hoffe auch, dass man diesen positiven Schwung für weitere Grossprojekte in Winterthur mitnimmt. Gerade auch noch aktuelles Beispiel wäre zum Beispiel der Ausbau des Hauptbahnhofs.

So, kurzer Rede kurzer Sinn: Die Fraktion Grüne/AL nimmt das Legislaturprogramm positiv zur Kenntnis. Danke.

**R. Tobler (FDP):** Auch ich versuche mich kurz zu halten, wie meine Kollegen vorher. Vielen Dank für dieses Programm. Wir finden es auch positiv, dass dieses digital relativ einfach und gut verfügbar ist und man das nicht mehr per Post bekommt.

Die Hauptthemen, die da genannt sind (Lebensqualität, Stadtentwicklung, Klimaschutz, Klimaanpassung, sozialer Zusammenhalt und leistungsfähige Verwaltung) finden wir super und unterstützen sie auch. Ich schliesse mich aber in 2 – 3 Worten Regula an, dass wir auch etwas erstaunt waren, dass das Wort «Wirtschaft» 1 x vorkommt. Also es kommt 2 x vor: Einmal ist es der Titel vom Satz nachher. Das finden wir etwas wenig. Das ist immer gut, denn es zeigt, dass viel Wohlstand da ist, dass man sich nicht mehr so sehr um das Thema Wirtschaft kümmern muss. Das ist ja grundsätzlich ein positives Zeichen, aber es ist immer langfristig ein bisschen heikel, wenn man das vergisst. Das Thema Jobs oder Arbeitsplätze kommt gar nicht vor darin. Das Wort «Unternehmen» und «Firmen» kommt genau 1 x vor. Auch das finden wir etwas knapp.

Zu meiner persönlichen Freude kommt immerhin das Wort «Start-up» 1 x vor. Aber da können wir natürlich auch nicht mit einer Start-up-night auch nicht den ganzen Wirtschaftsmotor anziehen, selbstverständlich.

Ich muss Ihnen ja nicht erzählen, dass das Thema Arbeitsplätze und Jobs doch entsprechend wichtig ist, auch wenn man ein bisschen darüber hinaus denkt: Das Thema Lehrstellen, das Thema Praktikum etc. Das ist doch ein wichtiges Thema. Und es ist ein bisschen schade, dass das fehlt. Und wir wissen auch, dass natürlich nicht alle Menschen in der Stadt Winterthur bei der Stadt angestellt sein können. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn man sowohl kurzfristig wie auch langfristig auch auf die Thematik der Wirtschaft, Jobs und Unternehmen, egal ob es kleine oder grosse sind, ein bisschen mehr den Fokus darauf legen würde. Vielleicht kann ich die Angst von Christian ein bisschen nehmen: Wir haben ja einen sehr jungen, dynamischen Stadtrat. Und als Langfristziel heisst es: «Winterthur ist finanziell gesund». Und das freut mich oder uns natürlich ausserordentlich. Wenn man da googelt nach Kennzahlen, was eine gesunde Organisation ist, dann gibt es viele Kennzahlen, die man dort durchrechnen kann. Und weil Ihr ja vielleicht alle noch ein paar Jahre im Stadtrat bleibt, so freuen wir uns doch, dass wir da zumindest ein Langfristziel haben, das wir als sehr positiv begrüssen. Und wir hoffen, dass sich dort auch etwas Positives in diese Richtung tun wird. In dem Sinne nehmen wir das dankend zur Kenntnis.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, die sich jetzt geäussert haben. Grossmehrheitlich positiv, aber Ihr habt überall noch Minus gefunden. Das soll so sein. Wir sind dankbar für die Würdigung unserer stadträtlichen Legislatorschwerpunkte, damit wir auch ein bisschen ein Feedback haben. Auch wenn es unsere Legislatorschwerpunkte sind – aber Ihr werdet sie die nächsten vier Jahr spüren.

Wir hatten zum Ziel, von den über 70 Massnahmen wirklich massiv zurückzufahren. Ich stelle einfach fest – und das ist mir in der Kommission schon aufgefallen – wenn wir das alle miteinander machen würden, das wäre unmöglich, das ginge nicht. Ihr habt so viel noch je Fraktion und individuell an Wünschen und Bedürfnisse, an die Ihr anknüpft. Aber wir wollten und mussten uns zusammenraufen. Und deshalb ist vielleicht das eine oder andere Gebiet tatsächlich nicht dabei.

Ich kann mich ein bisschen retten in die Langfristziele. Dort hat es grosse Brocken drin, die Euch zeigen, dass wir es nicht aus den Augen verlieren. Jetzt haben wir mal definiert, was wir in den nächsten vier Jahren machen. Und auch das war für uns ein wichtiges Thema: Konkretisierung. Wir haben beim letzten Legislaturprogramm sehr viele Berichte geschrieben, Strategien gemacht, sehr viel Vorbereitungsarbeit gemacht, um jetzt wirklich umsetzen zu können.

Von der SP wurde gesagt, politisches Lobbying sei eigentlich nicht so wichtig, man habe nichts Konkretes. Ich möchte dort einfach die ganzen Soziallastenausgaben im Kanton Zürich anführen, bei denen ich jetzt behaupte, das war ein Lobbying-Kunststück des Stadtrates, allen voran von Nicolas Galladé, wo es einfach wichtig ist, dass man permanent mit anderen zusammenarbeitet, auch ein bisschen Druck macht, ein bisschen aufzeigt, ein bisschen Zahlen zusammenträgt. Das ist auch unsere Aufgabe im Stadtrat, dass wir wirklich Lobbyieren gehen für unsere Interessen. Und deshalb finde ich politisches Lobbying enorm wichtig, auch in anderen Zusammenhängen.

Ja, Bildung/Schule kommt vielleicht telquel so nicht vor, aber wenn ich – Entschuldigung – unsere Investitionsplanung anschau in den nächsten Jahren... Ja natürlich, es ist Schulinfrastruktur. Aber es ist eine lange, lange Liste, was wir dort alles erstellen. Und ich meine, da machen wir mit dieser Infrastruktur etwas, von dem die Bildung letztendlich profitiert davon. Dann die Mitte, welche sagte, keine Begeisterung am Schluss. Welche die Steuern erwähnt hat – also ich möchte betonen: Wir gehen mit den Steuern nicht hinauf. Wir sind kontinuierlich weiter und es ist ja ein schöner Umstand, dass wir nicht hinaufgehen müssen, dass wir in einem guten Zustand sind. Wir haben eine Finanzstrategie, die erarbeitet wird, an der wir dran sind. Das Thema Finanzen ist für uns nach wie vor ganz wichtig. Ja, und Kühe melken – oder was hast Du gesagt - wir sind keine Kuhhüter. Aber wir sind uns dieser Themen bewusst.

Von der EVP kam dann nachher, die Legislatorschwerpunkte seien richtig «eingekocht». Also wir sind eher Köche und Köchinnen als auf der Weide. Und das ist halt so. Natürlich sind uns die Menschen wichtig, deshalb haben wir auch das Thema sozialer Zusammenhalt. Und es ist uns wichtig, dass wir eine durchmischte Gesellschaft haben, dass wir eine funktionierende Gesellschaft haben, dass wir alle Gruppen pflegen in unserer Stadt, es müssen alle Platz haben. Das ist uns wichtig. Aber: In einer wachsenden Stadt braucht es Infrastrukturen. Und an dieser Infrastruktur werden wir bauen, zusammen mit dem Kanton, zusammen mit der SBB, zusammen mit dem ASTRA. Wir sind dort dran, diese Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, damit letztendlich die Menschen in unserer Stadt sich auch wohlfühlen werden, weil sie das entsprechende Angebot haben.

Von der GLP: Transparent, gelungen. Jawohl, Klimaschutz ist ein grosses Thema, das in diesen Legislatorschwerpunkten Platz gefunden hat.

Es ist schon so, Roman – jetzt ist er gerade nicht hier – es ist nicht so, dass wir alles andere, das jetzt nicht da drin steht, nicht machen. Wir verfolgen das einfach schwerpunktmässig, auch wenn es um Ressourcenansätze geht. Aber deswegen werden trotzdem ältere Leute im Altersheim gepflegt, deswegen werden trotzdem die Strassen gereinigt. Das findet alles auch statt, das braucht es, damit wir eine gute Dienstleistung abgeben können.

Auch die Digitalisierung geht weiter. Das, was Iris erwähnt hat, mit dem Zugang, an dem sind wir dran. Das wäre eigentlich unser Ziel, dass wir einen solchen Zugang haben. Und an dem arbeiten wir auch.

Wirtschaft und Arbeitsplätze sind jetzt nicht drin, aber sie sind bei den Langfristzielen drin. Es ist also nicht ein Thema, das wir nicht mehr auf dem Radar haben. Wir sind uns bewusst, dass das ganz wichtige Themen sind. Aber im Rahmen der Fokussierung haben sie keinen Platz gefunden in der jetzigen Legislatur.

Ja, und wir sind auch sehr stolz auf das, was gelobt wurde von den meisten von Euch, wie wir es aufbereitet haben. Es macht wirklich Spass, um darin zu surfen, um zu schauen, was denn das heisst. Man kann bis in die Tiefe nachschauen. Also Ihr könnt da nachschauen, in welchem Jahr wir eine Infrastruktur bauen wollen oder eröffnen. Also wir sind sehr konkret geworden. Das muss man auch ein bisschen suchen, aber wir haben einen guten, einen super Zugang.

Und dann, das hat auch Roman gesagt: Ein bisschen mehr Suffizienz. Überall dort, wo Politikerinnen und Politiker Suffizienz fordern, werden sie abgewählt. Ich möchte das Thema nicht vertiefen. Suffizienz ist zwar ein wichtiges Thema, aber ist gleichzeitig auch ein sehr schwieriges Thema.

Ja, ich hoffe also mit Euch, mit der GLP, dass wir uns die Note 5 mindestens wieder geben können. Dass wir diesen 5er halten können, durch das Band, bei allen Themen. Und ich freue mich diesbezüglich auf die Zusammenarbeit mit Euch in den nächsten vier Jahren. Der Stadtrat von Winterthur freut sich auf diese Zusammenarbeit. Danke vielmal.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke an den Stadtpräsidenten für den abschliessenden Tour d'horizon.

Da ich keinen Antrag auf negative Kenntnisnahme erhalten habe, haben Sie damit das Legislaturprogramm, so wie es vorgelegt wurde, zur Kenntnis genommen.

## 11. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.75: Fristerstreckung für die Umsetzung des Postulats G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL/Grüne), M. Della Vedova (GLP) und Ch. Maier (FDP) betr. Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2021.75: Fristerstreckung für die Umsetzung des Postulats betreffend Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe. Das Wort hat die Erstpostulantin Gabi Stritt.

**G. Stritt (SP):** Vom Antrag betreffend der Fristerstreckung für das Postulat Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe haben wir Kenntnis genommen. Es ist verständlich und nachvollziehbar, dass sich die Erstellung des gesamtstädtischen Konzepts verzögert, da ja, wie allen bekannt ist, die Schulpflege mit dem Aufbau der neuen Schulorganisation beschäftigt ist und die Leitungen Bildungen erst im November angestellt worden sind oder zum Teil erst im Dezember zu arbeiten beginnen. Der Verlängerungsfrist stimmen wir deshalb zu. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang, dass bereits ein kleiner Fortschritt erreicht werden konnte in diesem Jahr. Da auf Druck der Eltern und vom IG Elternräte Winterthur dieses Jahr die Information für die Anmeldung für die Betreuung früher verschickt wurden, hatte dies eine positive Wirkung auf die Anmeldungen. Es konnte nämlich ein Mittagstisch eröffnet werden in Töss, und dieses Vorgehen ermöglichte den Eltern eine längerfristige Planung. Ich möchte sehr fest anregen, dass diese Massnahme auch im kommenden Schuljahr, auch noch ohne gesamtstädtisches Konzept, so weiter beibehalten wird.

Und natürlich sind wir auch sehr glücklich, wenn das Konzept ein bisschen früher vorliegen wird, als es da geschrieben steht. Danke vielmals.

**D. Roth-Nater (EVP):** Ich möchte eigentlich gar nicht viel anfügen, denn auch auf meinen Notizen steht: Es ist nachvollziehbar, dass wir dieser neuen Schulpflege ein bisschen Zeit geben müssen. Wir würden uns natürlich auch freuen, wenn es nicht 14 weitere Monate dauern würde, sondern wir würden das auch ein bisschen früher entgegennehmen.

Und die Projektresultate, welche von der Schulpflege in Zusammenarbeit mit der Leitung Bildung und der Schulentwicklung erarbeitet oder eben entwickelt werden, die sollen in erster Linie dann eben diesen Jugendlichen dienen. Je schneller desto besser. Denn wir möchten diesen ja wirklich eine gute Mittagsmöglichkeit bieten. Vor allem an den Orten, wo nach wie vor noch keine Mittagstische oder -räume vorhanden sind.

**Stadtrat J. Altwegg:** Herzlichen Dank für die kurzen Wortmeldungen. Ich nehme an, die schweigende Mehrheit wird das auch einigermaßen unterstützen.

Ich bin sehr dankbar, dass wir uns da noch ein bisschen Zeit nehmen dürfen, weil eben die neue Schulpflege ja noch ganz neu unterwegs ist.

Ich kann ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern. Wir haben vorhin gerade die Legislaturziele angesprochen. Die Bildung fehlt quasi komplett, was haben die denn gemacht? Es ist so: Die Schulpflege hat ihre Legislaturziele noch nicht verabschiedet. Sie sind dran. Und wenn ich jetzt quasi sage, Tagesschulen und damit auch Mittagstische Sek sind sicher irgendwo ein Thema bei der ganzen Legislaturzielberatung, dann verrate ich wahrscheinlich noch nicht ein ganz grosses Geheimnis.

Also von daher kann ich wohl sagen, irgendwo im Verlauf des nächsten Jahres wird sich die neue Schulpflege intensiv mit dieser Sache auseinandersetzen. Ich hoffe, dass wir fristgerecht – vielleicht sogar ein bisschen früher - wieder darüber berichten dürfen.

Besten Dank für die Unterstützung.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Jürg. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Es geht wie gesagt um die Fristverlängerung bis 16. Januar 2024. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen. – Auch das scheint die überwiegende Mehrheit zu sein.

Gegenstimmungen?

Enthaltungen?

Das ist eine einstimmige Zustimmung, danke vielmals. Damit ist auch dieses Geschäft für heute erledigt.

## 12. Traktandum

**Parl.-Nr. 2022.26: Fristerstreckung für Antrag und Bericht zur Motion U. Glättli (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B. Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und R. Heuberger (FDP) betr. Wärmeversorgung aus einer Hand**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2022.26: Fristerstreckung für Antrag und Bericht zur Motion betreffend Wärmeversorgung aus einer Hand. Das Wort hat der Erstmotionär Urs Glättli.

**U. Glättli (GLP):** Ich verzichte auf das Votum. In Rücksprache mit den Mitmotionären sind wir einstimmig einverstanden für eine Fristverlängerung. Man muss ja die Fristen nicht immer ausreizen, also von daher wünschen wir uns natürlich, dass es schnell vorwärtsgeht mit diesen Anliegen. Aber wir wehren uns jetzt auch nicht dagegen.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Urs. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte sich der Stadtrat Stefan Fritschi dazu äussern? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein.

Damit gehe ich davon aus, da gar keine Diskussion gelaufen ist und keine Ablehnung gekommen ist, dass die Fristverlängerung so beschlossen ist. Gibt es Gegenstimmen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Danke vielmals, damit haben Sie auch diese Fristverlängerung einstimmig beschlossen.

## 13. Traktandum

**Parl.-Nr. 2022.23: Antrag und Bericht zum Postulat K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), G. Stritt (SP), I. Kuster (CVP) und M. Zehnder (GLP) betr. Comeback des Laubrechens**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2022.23: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Comeback des Laubrechens. Ich gebe zuerst der Erstpostulantin Kathrin Frei Glowatz (Grüne/AL) das Wort.

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht. Wir schätzen es natürlich hoch ein, dass Stadtgrün ein Laubmanagement-Konzept geschaffen hat. Es ist vielleicht auch schon der erste Erfolg gewesen von unserem Postulat – es wurde nämlich im Oktober 2020 geschaffen. Und im Juli davor haben wir ja dieses Postulat eingereicht. In diesem steht zum Beispiel, dass der Einsatz von dieser Volksplage nicht unbedacht eingesetzt wird.

Es scheint also ein klares Commitment zu geben, dass überall dort, wo das Laub liegen bleiben darf, man dies dort auch macht von der Stadt aus.

Es sind ja ungefähr 500 Tonnen Laub, welche die Stadt jedes Jahr nur auf den Strassen entfernt. Und das ist wahrlich keine kleine Sache. Und trotzdem finden wir: Muss es wirklich so weitergehen?

Die Stadt hat ja in ihrem Bericht drei Varianten aufgezeigt: Nämlich den Laubrechen vollständig wieder hervor zunehmen – 2 Millionen jährlicher Mehraufwand rechnen sie vor. Voll elektrisch wären es 700'000 zusammengerechnet, also jährlich und einmaliger Zusatzaufwand. Und ökologisch optimiert ein jährlicher Mehraufwand von 100'000 und 400'000 beim Zusatzaufwand.

Bei diesen Kosten bin ich mir nicht ganz sicher, ob die gleich ausgefallen wären, wenn man sie jetzt berechnet hätte mit den steigenden Energiepreisen diesen Sommer. Dieser Bericht ist ja doch auch schon mehr als ein Jahr alt. Das wäre mal eine kritische Note von mir.

Auf der anderen Seite finden wir es aber sehr erfreulich, dass zum Beispiel bei Pflegestandards, die ja nicht nur wirtschaftliche, funktionale und gestalterische, sondern auch ökologische Kriterien verfolgen, diese auch durch ein GIS Tool unterstützt werden. Das kann man auch im Bericht lesen.

Dann gibt es aber in diesem Bericht auch noch einen Fingerzeig auf die Privaten. Dort heisst es nämlich, ungefähr 2/3 der schädlichen Emissionen seien durch die Privaten verursacht.

Wir finden das ein bisschen – ja, nicht gerade nett, aber es muss ja auch nicht nett sein – nicht ganz okay, denn die Stadt hat eine Vorbildfunktion. Immerhin ist dann ja 1/3 bei der Stadt. Und zugleich wäre es für uns ein bisschen ein Steilpass, um ein Verbot für alle diese Bläser zu entwickeln. Ein solches Verbot ist in anderen Städten bereits in der Pipeline.

Uns fehlt einfach ein bisschen die Vision in diesem Bericht. Warum richtet die Stadt nicht – analog zum eingeschränkten Winterdienst – einen eingeschränkten Herbstdienst ein? Das wäre dann eine Tafel für alle Wege und Plätze, wo das Laub liegenbleiben darf, bis der Sturm es wegfegt. Dies würde manchen Spaziergänger freuen, das habe ich diesen Herbst mehr als einmal gehört. Laubrascheln ist nämlich nicht nur bei Kindern sehr beliebt, es tut auch der Seele der Leute, also der Volksseele, gut. Im Gegensatz zu den Laubbläsern, die eher eine Volksplage sind. Und es würde jeden Herbstspaziergang erst richtig schön machen.

Ich glaube halt auch, dass wir unsere Vorstellungen von einer sauber geputzten Stadt in Zukunft ein bisschen Richtung Naturnähe anpassen müssen. Vielleicht müssen wir lernen, dass nicht immer die «suuberi Sach» das Beste ist, sondern ein Stück «urban wilderness» auch einmal besser wäre. Es muss nicht jeder Schulhausplatz und jedes Quartiersträsschen zu jeder Zeit laubfrei sein.

Klar, die Sicherheit, ich höre es schon, die Haftung der Stadt – das ist wichtig, ich weiss schon. Aber trotzdem: Ich glaube, die Transformation zu einer Stadt ohne das lästige Dröhnen der Laubbläser hat schon begonnen.

Aus den genannten Gründen nehmen wir Grünen die Postulatsantwort negativ zur Kenntnis. Das heisst, wir stellen einen Antrag auf negative Kenntnisnahme.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtgrün möchte ich aber trotzdem, trotz der negativen Kenntnisnahme, danken für alles, was sie machen, was in die Richtung des Postulats geht. Danke.

**D. Roth-Nater (EVP):** Danke für die Postulatsantwort. Es war das erste Postulat, das ich unterschrieben habe vor 2,5 Jahren.

Mein Votum ist kurz gehalten, ich möcht keine Papiertiger füttern. Es gilt doch ganz einfach: Endlich umsetzen und Schritt halten mit dem Laub, das doch gerade auch jetzt wieder liegt. «Das perfekte Symbol unserer Zeit ist der Laubbläser. Er verlagert ein Problem vom einen Ort zum anderen, ohne es zu lösen, benötigt dafür wertvolle Energie und macht eine Menge Lärm.» Das ist von Florian Aigner.

So ungefähr geht es mir. Es ist ja bereits 2,5 Jahre her seit der Einreichung und die Postulatsantwort wurde am 1. Oktober 2020 geschrieben. Das macht einen guten Eindruck, denn das war nur ungefähr ein halbes Jahr, nachdem wir es eingereicht hatten.

Zur Postulatsantwort ist anzumerken, dass eben nicht nur der Kosteneffizienz, sondern auch dem CO<sub>2</sub>-Ausstoss das nötige Gewicht beizumessen ist. Und da hat der Stadtrat unterdessen hoffentlich die Gewichtung noch korrigiert, seit er diese Antwort geschrieben hat!

Denn das Ziel 2040 Netto-Null sollte auch gerade bei diesem Thema eine Rolle spielen. Als kurze Randnotiz möchte ich anmerken, dass ich mich immer wieder wundere, wenn ich im Eschenbergwald renne, was ich regelmässig mache, wie im Herbst alles sauber geblasen und in meinen Augen wirklich, die meisten Kieswege, steril daliegen. Es ist übertrieben, wie dies gehandhabt wird. Im Vergleich dazu finde ich, dass im umgebungsnahen Kantons- oder auch Kooperationswald, welcher dieselben Zwecke wie der Stadtwald erfüllen muss, andere Bedingungen vorherrschen. Das ist nicht in der Innenstadt, das ist mir klar, aber trotzdem hinterlässt diese Handhabung vom Benzin-Laubbläser in den Händen der Stadt, mit einem übertriebenen Sauberkeitsswahn gegenüber dem Laub, einen faulen Beigeschmack. Es gehört wohl zum guten Ton von Stadtgrün. Wir nehmen die Antwort positiv zur Kenntnis.

**G. Stritt (SP):** Die SP dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat. Es ist erfreulich, dass die Stadt Winterthur seit Oktober 2020 auch über ein Konzept Laubmanagement verfügt, welches Auskunft darüber gibt, wie die Entsorgung des Laubes vor sich geht. Was den Einsatz von Laubbläsern betrifft, wird im Konzept festgehalten, dass diese nur eingesetzt werden, wenn die Handarbeit nicht effizient ist. Welche Kriterien hier genau berücksichtigt werden, das bleibt ein bisschen offen.

Dass die Benzinbläser nach Möglichkeit ersetzt werden, ist sehr dringlich und notwendig. Hier würde ich mir aber noch eine klarere Haltung wünschen, nicht dass es «nur» noch Elektrobläser gibt. Oder eben in Anbetracht der aktuellen Energieknappheit die Handarbeit vielleicht doch noch ein bisschen mehr gefördert wird. Das könnte sich vielleicht doch noch rechnen. Der Stadtrat vergleicht im Bericht die drei Varianten miteinander, das haben wir vorhin schon von einer Vorrednerin von mir gehört. Vorgesehen ist, die Variante C weiterzuverfolgen. Diese sieht vor, dass nur noch in Ausnahmesituationen Benzinbläser eingesetzt werden. Ich bin klar der Meinung, dass ohne Wenn und Aber auf benzinbetriebene Geräte verzichtet werden könnte. Die Begründung, dass die Elektrobläser nicht genügend Power haben und zu teuer sind, greift zu kurz. Was in Luzern funktioniert, sollte auch in Winterthur möglich sein. Zudem ist seit der Erstellung des Berichts, wie ja auch schon von meinen Vorrednerinnen festgehalten wurde, ja auch schon Zeit vergangen und es kann davon ausgegangen werden, dass sich die technischen Möglichkeiten bei den Elektrobläsern weiterentwickelt haben und dies auch noch weiter noch werden. Grundsätzlich soll aber die ökologische Optimierung angepeilt werden.

Der Stadtrat betont, dass die Laubbläser nur dort eingesetzt werden, wo es nicht anders geht. Ich bin viel in der Stadt unterwegs, auch in der Nähe von Parks. Es ist jetzt ein bisschen vorbei, weil es jetzt nicht mehr viele Blätter hat, aber ich habe auch feststellen müssen, dass oft die Blätter auf der Wiese herumgeblasen wurden. Und ich habe mich manchmal gefragt, weshalb man diese nicht einfach liegenlässt, wie es eigentlich in diesem Konzept festgehalten wird.

Im Bericht steht auch, dass es sich beim Einsatz von privaten Laubbläsern vor allem um alte und wenig ökologische Modelle handelt. Dies sehen wir auch so und es sollte eigentlich das Ziel sein, dass auch bei den privaten Nutzerinnen und Nutzern angesetzt wird, wie dies zum Beispiel die Stadt Zürich fordert. Man überlegt sich auch, diese Thematik auf Bundesebene zu diskutieren. Und schaut man über die Grenzen, kann man sehen, dass in Deutschland ein Verbot von Laubbläsern gefordert wird und in Graz (Österreich) ein solches bereits seit 2014 in Kraft ist. Wenn die Stadt hier eine Vorbild-Rolle einnimmt und die Bevölkerung entsprechend sensibilisiert wird, ist dies auch ein Zeichen, welches Private unter Umständen auch motiviert, um hier umzudenken und ihr Gerät zu ersetzen oder gar nicht mehr zu ersetzen und alles von Hand zu machen.

Die Laubbläser mögen im Zusammenhang mit dem Klimawandel nicht ein so grosses Thema sein, aber im Zusammenhang mit der Energieknappheit erhält das doch ein bisschen mehr Relevanz. Aus unserer Sicht sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, damit wir die kommenden Herausforderungen bewältigen können.

Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für ihre grosse Arbeit. Da wir mit dem Bericht nur teilweise zufrieden sind und auch eine Optimierung im Sinne von Variante B möchten, unterstützen wir die ablehnende Kenntnisnahme und nehmen den Bericht negativ zur Kenntnis, fordern aber keinen Zusatzbericht.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Wir von der Mitte/EDU-Fraktion danken dem Stadtrat für den Bericht und das differenzierte Vorgehen. Einzig auf unsere Anregung, die Variante Integrationsprojekt zu prüfen, haben wir leider im Bericht keine Antwort gefunden.

Es wurde erwähnt mit der Energie- und Strommangellage. Der Bund hat ja jetzt im Rahmen der Massnahmen zur Strommangellage in seinem Entwurf der Verordnung über die Beschränkungen und Verbote zur Verwendung der elektrischen Energie bei der Eskalationsstufe 1 auch das Verbot der elektrischen Laubbläser drin. Also das heisst, wir haben Verständnis, wenn man auch das im Auge behält und nicht noch elektrische haben muss, wenn es sein kann, dass diese Strommangellage eintritt.

Wir nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis und werden die Sache mit dem Laubrechen weiterhin beobachten, sei es bei den Privaten oder bei der Stadt.

**M. Zehnder (GLP):** Wir danken dem Stadtrat für den Bericht. Er zeigt auf, dass der Verwaltung durchaus bewusst ist, dass ökologisches Verhalten auch beim Beseitigen von Laub nötig ist. Das im Bericht erwähnte Konzept zum Laubmanagement tönt wie ein Verhaltenskodex. Wobei Beseitigung im Laubmanagement nicht das gewünschte Vorgehen ist, weil das Laub soll ja in Zukunft jeweils zur Seite gebracht werden, also ins Gebüsch geschoben werden, so dass es dort noch als Möglichkeit, als Deckbelag für Insekten oder als Kompostierung liegengelassen werden kann.

Wie schon von mehreren Rednern erwähnt, wird auf Seite 2 dargestellt, dass die privaten Haushalte leider ältere und weniger effiziente Geräte im Einsatz haben. Das finden wir natürlich auch sehr störend. Aber wie soll die Stadtverwaltung denn positiv auf das Fehlverhalten einwirken und dem entgegenwirken, wenn sie nicht als Vorbild vorausgeht? Und sich hinter dem Argument versteckt und sich ebenfalls diese SUV's von Gartenbearbeitungsgeräten zutut?

Wir von den Grünliberalen unterstützen die aufgezeigte Variante C, möchten aber auch noch anfügen, dass es sinnvoller wäre, wenn man die benzinbetriebenen Geräte loswird. Es heisst dort bei der Variante C auch, dass die Biodiversität gefördert wird und in extensivierten Flächen das Laub liegengelassen wird. Das finden wir positiv. Jetzt, wo der Herbst vorbei ist und man sehen konnte, wo allenfalls auf grünen Flächen Laub liegenbleibt – oder allenfalls, was man auch bei uns auf dem Brühlberg sieht, dass nicht nur der Rasen gemäht wird, sondern das Laub auch gleich verhäckselt wird, das macht viel mehr Sinn, als zuerst das Laub wegblasen und nachher den Rasen zu mähen. Da sind wir froh, dass da ein Umdenken stattfindet.

Ich habe bei der Überweisung des Postulats darauf hingewiesen, dass es wenig Sinn macht, wenn man den Rasen zuerst trocken föhnt, wenn noch Laub auf den Bäumen ist. Bei dem Laubmanagement-Konzept geht es leider wenig darum, wo es liegt. Es wurde mehrfach erwähnt, dass in den Wäldern das Laub immer noch ziemlich weit weggeblasen wird. Und das macht doch wirklich keinen Sinn, wenn man unten schon sauber macht, wenn oben noch Blätter auf den Bäumen hängen und weiterhin von oben herabfallen. Tja, der Herbst ist vorbei. Die erste Traktandierung des Geschäfts war Anfang Herbst, da wäre die ganze Rede noch ein Hinweis für die Stadtverwaltung gewesen, das ist nun vorbei. Das Geschäft ist heute ja zum 5. Mal traktandiert. Aber wir sind froh, dass das jetzt endlich abgehandelt wird.

Wir sind froh, dass die Stadtverwaltung die Mitarbeitenden sensibilisiert hat für ein sinnvolles Laubmanagement, auch wenn es noch nicht ganz funktioniert. Aber es geht in die richtige Richtung. Und jetzt kommt ja ohnehin der Winterschlaf.

Wir unterstützen die negative Kenntnisnahme nicht. Wir nehmen die Antwort positiv zur Kenntnis.

**R. Perroulaz (FDP):** Ich bin froh, dass wir dieses effiziente Postulat heute endlich abhandeln können. Ich habe das Votum schon vor  $\frac{3}{4}$  Jahren geschrieben und das Traktandum wurde immer mitgeführt, wie Martin Zehnder das gerade gesagt hat.

Bereits vorweg: Den Bericht des Stadtrates und natürlich von unserem Departementsvorsteher nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis. Er hat das gut analysiert. Und auch wenn es da scheinbar um eine emotionale Volksplage geht: Mit diesem Postulat hat man schlussendlich einfach viel Laub aufgewirbelt, um auf den Schluss zu kommen, dass die bisherige und laufende Strategie gemäss den Grundsätzen weiterverfolgt werden soll. Stadtgrün macht also heute vieles richtig.

Der Bericht bestätigt auch, dass der vollständige Verzicht auf diese Laubbläser nicht sinnvoll ist und ein grosser Ausbau des Personals erfordern würde und eine Verminderung der Verkehrseffizienz für die Verkehrsteilnehmenden zur Folge hätte. Und gerade die Sicherheit auf den Strassen und auch den Geh- und Velowegen ist uns ein grosses Anliegen. Aber vielleicht liegt das auch an meinen eher glatten Schuhsohlen.

Bei den erwiesenen vielen Nachteilen von einem kompletten Umstieg von den Laubbläsern auf Handbetrieb zu gehen und 2 Millionen mehr auszugeben pro Jahr, das widerspricht unserem ökonomischen Denken und unserer Haltung. Und der Stadtrat hat die ökologisch optimierte Variante C formuliert, mit einem jährlichen Mehraufwand von 108'000 Franken. Und das scheint uns eigentlich verhältnismässig und angemessen, auch im Sinne der Verbesserung der Ökobilanz.

Mit dem Variantenentscheid des Stadtrates sind wir also einverstanden, wir begrüssen den Einsatz dieser Elektro-Laubbläser, wo wirklich nötig, mit emissionsarmem Benzin. Und deshalb sind auch wir für den Einsatz dieser ressourcenschonenden Geräte.

Ich möchte da eigentlich schon abschliessen. Der Herbst ist leider vorbei, ich konnte meine Forderung nicht wiederholen, dass die Leute, welche das eingereicht haben, den Laubrechen für die Stadt Winterthur in die Hand nehmen. Ich würde das nämlich gerne mal sehen, dass Ihr dann eben für die Stadt Winterthur bei der Laubequipe von Stefan Fritschi eintreten würdet. Ich glaube, Ihr würdet das super machen.

Wie gesagt, wir werden dem Bericht des Stadtrats zustimmen und unterstützen die Mehrkosten von 108'000 Franken für die ökologisch optimierte Variante C.

**Stadtrat St. Fritschi:** Ich gehe davon aus, dass wir das schon im 2022 im Budget haben, denn das war ja im Juni 2021. Wir arbeiten eigentlich schon so, wie wir das hier drin haben. Vielleicht einfach noch eine Klarstellung: In der Stadt Winterthur haben wir über 100 Laubbläser. Und nicht einmal die Hälfte davon wird von Stadtgrün betreut. Wir haben 47 Laubbläser bei Stadtgrün. Wir haben 36 Laubbläser beim Tiefbau. Und wir haben fast in jedem Schulhaus Laubbläser, das sind auch nochmals ungefähr 50. Aber aus den Voten habe ich gehört, dass Ihr meint, nur Stadtgrün würde Laubblasen. Nein, wir sind weniger als die Hälfte, die Laub blasen. Wir blasen in 3 Departementen Laub.

Ich kann Euch einfach sagen (ich kann die Zahlen vom Tiefbau und von Stadtgrün sagen): Von den 47 Laubbläsern bei Stadtgrün ist die Hälfte, also genau gesagt 23 elektrisch. Die andere Hälfte, also 24, sind noch benzinbetrieben. Das hat sich geändert seit damals, als wir den Vorstoss erhalten haben. Beim Tiefbau sind von den 36 Laubbläsern 12 elektrisch und 24 benzinbetrieben. Beim DSS habe ich nicht herumgefragt, das ist noch etwas komplizierter, weil da jeder einzelne Hauswart einen eigenen Laubbläser hat. Da kann man die Zahlen nicht so gut zentral abfragen, das habe ich in der kurzen Zeit nicht geschafft.

Ich nenne einen Triangel von Zielkonflikten, nämlich Klimapolitik, die möchte, dass man möglichst viel elektrisch macht; wir haben aber den anderen Zielkonflikt der Energiemangellage, die zurzeit sagt, möglichst viel Verbrennungsmotoren und möglichst viel Benzin anstatt Strom, weil wir beim Benzin keinen Mangel haben, aber beim Strom haben wir einen Mangel; und dann haben wir noch den dritten Zielkonflikt, nämlich den Geldmangel, den wir in der Stadt Winterthur auch noch haben, also dass man nicht immer das Teuerste und Beste machen kann, sondern dass man schauen muss, was man finanzieren kann. Also in diesem Triangel versuchen wir in den drei Departementen, möglichst das Optimale zu machen zwi-

schen etwas für das Klima machen, dass wir aber auch für die Energiemangellage etwas machen und dass wir auch etwas für die Geldmangellage machen. Und das ändert sich regelmässig, von Woche zu Woche sind die Prioritäten ein bisschen unterschiedlich und unsere Leute sollten dann am Morgen wissen, welches Gerät sie jetzt aus dem Werkhof nehmen sollen. Das ist nicht ganz einfach. Und ich glaube, Ihr habt das auch gezeigt, dass Ihr mehr oder weniger zufrieden seid, wie es gemacht wird. Und dass Ihr das auch schätzt, dass wir beim Laubmanagement wirklich etwas bei Stadtgrün in die Wege geleitet haben, dass man nicht überall Lauben muss, sondern nur dort, wo es auch sicherheitsrelevant ist. Und deshalb danke ich Euch für die mehrheitlich positive Aufnahme.

Und Martin Zehnder möchte ich noch sagen: Also nur die Laubbläser gehen in den Winterschlaf, die Leute vom Tiefbau, DSS und Stadtgrün sind nicht bereit für den Winterschlaf, sondern da gibt es auch noch andere Aufgaben, die zu machen sind, bis dann der erste Baum wieder Blätter hat.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Stefan Fritschi. Damit kommen wir zur Abstimmung über dieses Geschäft. Es liegt ein Antrag vor zur Ziffer 1 des Antrags des Stadtrates, auf ablehnende Kenntnisnahme.

Wer den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme unterstützen möchte, soll das jetzt mit Hand erheben kennzeichnen.

Wer das ablehnen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.

Ja, das ist die Mehrheit. Sie haben damit mit einer Mehrheit den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu Ziffer 2 wurde kein Antrag gestellt und wir können das Geschäft somit abschreiben und das ist also auch erledigt.

## 14. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2019.57: Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat M. Nater (GLP), Ch. Griesser (Grüne), M. Bänninger (EVP), R. Heuberger (FDP) und G. Stritt (SP) betr. Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2019.57: Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat betreffend Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches. Das Wort hat der Erstpostulant Markus Nater.

**M. Nater (GLP):** Wir danken dem Stadtrat für den Ergänzungsbericht. Und es freut mich, dass es bei diesem Ergänzungsbericht keinen Zielkonflikt gibt zwischen Ökologie und Wirtschaft.

Wir von der GLP bis Links haben letztes Jahr einen Ergänzungsbericht verlangt, da das Potenzial für Energieoptimierungen aus unserer Sicht zu wenig ausgeschöpft worden ist. Gleichzeitig wurde auch die Lichtverschmutzung in diesem Bericht fast nicht behandelt.

Die Bürgerlichen, welche das ursprüngliche Postulat auch unterstützt haben, sind vor einem Jahr zufrieden gewesen mit dem Bericht und mit den Energieeinsparungen. Wenn man nun die klassische «Eisenhower-Matrix» nimmt, ist inzwischen die Wichtigkeit des Stromsparens im Parlament erkannt, nur sehen leider immer noch nicht alle die hohe Dringlichkeit bei der Umsetzung. Scheinbar braucht es immer noch Krisen für ein Umdenken und mehr Massnahmen im Energiesparbereich.

Leider brauchte es wirklich die derzeitige mögliche Energiemangellage, um zu einem Umdenken bei der Stadt beizutragen. Als wir den Ergänzungsbericht letzten Herbst verlangt haben, hiess es von Stefan Fritschi noch, dass die Ausleuchtung der städtischen Gebäude eines der Hauptziele des Stadtlicht-Konzeptes sei und daher eine Änderung nicht geplant ist. Dass jetzt gemäss Medienmitteilung der Stadt vom 7. Oktober alle Anstrahl- sowie Festbeleuchtungen

ausgeschaltet, beziehungsweise reduziert werden, ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir haben auch einen Ergänzungsbericht verlangt, weil zu wenig auf die Verhinderung der Lichtverschmutzung eingegangen worden ist. Gemäss erstem Bericht gab es keine aktuellen Messungen für Winterthur.

Im Zusatzbericht wurde nun aufgezeigt, dass die Messungen für Lichtemissionen vorhanden sind. Diese Daten zeigen, dass Gebiete mit sehr hohen Emissionswerten in Winterthur abnehmen; hingegen nehmen Zonen mit mittleren Emissionswerten zu. Das Positive ist, dass man wirklich das Licht besser richtet; negativ ist, dass die Lichtdecke stärker über Winterthur leuchtet. Der Grund ist sicher, dass die Anzahl der Leuchten in Winterthur sich über die letzten 30 Jahre auf über 11'000 verdoppelt haben.

Die geforderten Energiesparmassnahmen im Postulat sind bei der Winterthurer Beleuchtung jetzt umgesetzt worden. Dies reduziert gemäss Bericht die Energiekosten um mehr als 165'000 kWh oder gemäss heutigem Strompreis 2022 um 25'000 Franken pro Jahr. Wenn man nun noch bedenkt, dass die Strompreise in Winterthur ab 2023 über 32% ansteigen und wir auch noch Goldstrom haben werden, dann lohnen sich diese Massnahmen für die Stadt noch mehr. Das Postulat wird also eine jährliche Stromkostensparnis von über 35'000 Franken ab 2023 für die Stadt bewirken.

Wir wünschen daher dem Stadtrat Mut, damit in diesen Zeiten der knappen Energie noch mehr wirtschaftliche Energiesparmassnahmen umgesetzt werden. Wir wünschen dem Stadtrat auch den Mut, die Lichtstärken mit den bestehenden Leuchten weiter zu reduzieren und auszurichten – das hilft der Natur und der Wirtschaftlichkeit in Winterthur.

Wir stimmen dem Zusatzbericht zu.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Wir haben es gehört: 4/5 der Personen, welche das Postulat eingereicht haben, waren mit dem ersten Bericht nicht zufrieden. Wie erwähnt lag das Gewicht stark auf dem Energiesparen, und die Lichtverschmutzung selbst wurde zu wenig beachtet. Weiter hat mich auch gestört, dass der Stadtrat Stefan Fritschi jedes Mal wieder betont hat, dass er 10 x mehr Anrufe hätte, welche sich über zu wenig Licht beklagen, im Verhältnis zu denen, die sich über zu viel Licht beklagen. Und dazu möchte ich schon erwähnen, dass das natürlich nur begrenzt ein Kriterium ist in der Politik, wie viele Anrufe man bekommt. Und ich bin sicher, dass der Stadtrat Fritschi keine Telefone von den Pflanzen und Tieren, welche von dieser Lichtverschmutzung betroffen sind, erhalten hat.

Jetzt liegt der umfassende Ergänzungsbericht vor, vielen Dank. So können wir dem Antrag des Stadtrates zustimmen. Wir sind zufrieden, aber wir müssen trotzdem dranbleiben. Warum müssen wir dranbleiben? Es gibt zum Beispiel Pflanzen, die Mühe haben, wenn wir mitten im Winter mit dem Licht simulieren, es wäre Sommer. Es gibt nachtaktive Tiere, welche ein Problem haben mit der Dauerbeleuchtung. Und es gibt selbstverständlich auch Menschen, welche Mühe haben mit übermässiger Beleuchtung. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns immer wieder fragen, ob diese Lampe wirklich nötig ist, ob die Helligkeit wirklich nötig ist, ist die Farbe die richtige, ist die Auswahl und Platzierung die richtige, ist die Ausrichtung richtig, ist die Zeit, in der man künstlich beleuchtet, wirklich angemessen und könnte man allenfalls auch eine Abschirmung machen.

Wie gesagt: Es ist wichtig, dass wir dranbleiben. Wir stimmen aber den Anträgen des Stadtrates jetzt zu. Besten Dank.

**M. Bänninger (EVP):** Wir von der EVP begrüßen den Stadtratsbeschluss vom Oktober 21, die Beleuchtung zeitlich und auch betreffend Lichtstärke zu reduzieren. Uns sind bis dato keine negativen Auswirkungen zugetragen worden.

Es ist wertvoll, wenn die Quartiere mit LED-Lampen mit Bewegungsmeldern ausgerüstet sind, so dass - wenn keine Bewegungen wahrgenommen werden - einzelne Leuchten abdimmt werden können.

Gerne fordern wir den Stadtrat auf, auch nach der aktuellen Strommangellage, den sogenannten Rundsteuerbefehl «Anstrahlbeleuchtung», mit dem verschiedene Wahrzeichen von

Winterthur angeleuchtet werden (zum Beispiel Stadthaus, Kunstmuseum, Hauptpost) nochmals zu überdenken und drastisch zu reduzieren. Gebäude müssen nicht bis um Mitternacht angestrahlt werden.

Wir wissen, dass das Semper-Stadthaus dem Stadtpräsidenten besonders wichtig ist, jedoch bezweifeln wir, dass ausser bei der Aufstiegsfeier des FCW sich wirklich viele Personen zwischen 21 Uhr am Abend und Mitternacht dort aufhalten und das Gebäude bei Nacht bewundern oder fotografieren, noch seltener im Winter.

Deshalb ist wirklich zu überlegen, ob die aktuell geltende Regelung nicht gleich in den Regelbetrieb übernommen werden soll.

Man bräuchte einfach die aktuellen Einstellungen weiterzuführen. Eigentlich ganz simpel. Geschätzter Stadtrat, habt Mut, optimiert die Strassenbeleuchtung, so dass die Sicherheit gewährleistet ist, aber auch Strom gespart wird. Und reduziert, wie bereits ausgeführt, die «Anstrahlbeleuchtung». Ich bin überzeugt, die Marke Winterthur verliert durch das nicht an Wert und unser Energieverbrauch würde sich nochmals markant senken.

**R. Heuberger (FDP):** In Winterthur wird es dunkler. Und ich meine da nicht die immer kürzer werdenden Tage, sondern bereits im Oktober 2021 hat der Stadtrat einen Teil vom Postulatsanliegen umgesetzt und einen Entscheid zur Reduktion der Lichtemissionen gefällt. Von daher ist es nicht so fair, den Vorwurf zu machen, sie hätten nicht reagiert. Wir alle wissen, die Realität hat diesen Entscheid aber bereits wieder eingeholt. Aufgrund der zu erwarteten Energiemangellage Anfang 2023 sind deutlich weitergehende Massnahmen zur Reduktion des Energiebedarfs durch die Strassenbeleuchtung, beziehungsweise durch die Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Anlagen notwendig. Diverse Massnahmen sind bereits kommuniziert worden.

Die kommunizierten Massnahmen werden zeigen, ob das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wirklich abnimmt oder ob wir die Beleuchtung von diversen Gebäuden tatsächlich vermissen. Und da noch eine Bemerkung an Christian Griesser: Die Sicherheit der Bevölkerung ist eine der primären Staatsaufgaben. Und wenn sich die Leute nicht mehr sicher fühlen in dieser Stadt, dann geht es nicht um 10 Telefone, die kommen, sondern um das subjektive Sicherheitsempfinden. Und wenn das nicht mehr stimmt, dann muss man das ernstnehmen.

Vor der zu erwartenden Energiekrise ist klar gewesen, dass die Beleuchtung aus Sicherheits- und Präsentationsgründen nicht weiter reduziert werden kann. Vielleicht sind wir nach dem kommenden Winter bezüglich Notwendigkeit von gewissen Beleuchtungen um wichtige Erkenntnisse reicher.

Die FDP erwartet, dass die geplanten Massnahmen nicht nur kurzfristig umgesetzt werden, sondern auch als Chance genutzt werden, um daraus zu lernen und für die Zukunft faktenbasierte Entscheidungen treffen zu können. Das Bundesamt für Umwelt hat zudem am 27. Oktober 2021 eine aktualisierte Vollzugshilfe zur Vermeidung von Lichtemissionen publiziert. Die darin enthaltenen Normen sind zwar rechtlich nicht verbindlich, geben aber den aktuellen Wissensstand der Fachleute zum Thema Beleuchtung wieder und sollten aus unserer Sicht auch in Winterthur miteinbezogen werden.

Betreffend Überarbeitung des Gesamtkonzepts «Stadtlicht Winterthur» sind wir immer noch der Meinung, dass dieses nicht mehr aktuell ist und überarbeitet werden sollte. Dass unsere Stadt noch mit Natriumdampf-Licht erhellt werden soll, wie es im Konzept steht, kann wohl niemand mehr ernstnehmen. Bekenntnisse zur Lichtverschmutzung und Reduktion des Energieverbrauches sind zwar im Lichtkonzept aus dem Jahr 2008 enthalten, aber die aufgezeigten Lösungen sind doch eher schwach - und wenn überhaupt vorhanden, dann veraltet. Die FDP unterstützt deshalb den Auftrag zur Überarbeitung von «Stadtlicht Winterthur» - aber im Moment haben wir andere Prioritäten.

Vielen Dank für die Beantwortung.

**G. Stritt (SP):** Die SP dankt dem Stadtrat für den Ergänzungsbericht. Dieser Bericht zeigt unter anderem auf, welche Massnahmen seit Ende November 2021 konkret umgesetzt wurden. Die erwähnten früheren Ausschaltungen sowohl der Festbeleuchtung als auch der verschie-

denen Wahrzeichen der Stadt ist sicher sinnvoll und wird kaum Auswirkungen auf die Lebensqualität in Winterthur haben. Die frühere Absenkung der Lichtintensität auf den Hauptverkehrsstrassen wird sich kaum auf die Sicherheit auswirken. Das sind alles Sachen, die sehr zu begrüßen sind. Man kann ja auch sehen, dass damit doch Einsparungen gemacht werden können im Umfang von ca. 40 Haushalten, das ist doch auch beachtlich.

Im Bericht wird noch eine Studie der ZHAW erwähnt über die wahrgenommene Sicherheit. Und da stehen einige interessante Aussagen drin. Die Befragten geben an, dass es auf Stadtgebiet Örtlichkeiten gibt, die sie als unsicher empfinden. Zum Beispiel wird der Bahnhof erwähnt, der sicher sehr ausreichend beleuchtet ist. Und es ist auch der Stadtpark erwähnt, und dort gehen die Leute wohl nicht unbedingt nachts spazieren. Bei der Strassenbeleuchtung ist nicht differenziert festgehalten, wo und in welchem Umfang Verbesserungen erwartet werden. Es ist aber sehr wohl vorstellbar, dass sich diese auch auf bestimmte Örtlichkeiten beziehen und weniger auf die allgemeine Strassenbeleuchtung. Ich bin nämlich auch sehr oft alleine in der Nacht unterwegs und ich fühle mich eigentlich im öffentlichen Raum sehr sicher. Wo ich mich aber zum Beispiel sehr unwohl fühle, ist im Velo-Parking im Untergrund, wo hellstbeleuchtet ist, aber einem einfach ein komisches Gefühl gibt, weil es einfach ein komischer Ort ist.

In Bezug auf die voraussichtliche Energieknappheit in den nächsten Monaten kann davon ausgegangen werden, dass vielleicht noch mehr Massnahmen umgesetzt werden müssen, weil wir einfach dazu gezwungen werden. Dies ist aber auch eine Möglichkeit, vielleicht auch Neues auszuprobieren und wenn sich dies bewährt, das auch in Zukunft beizubehalten. Und auch da müssen wir sicher auch Daten erheben, wo man dann auch sieht, wo Einsparungen einschenken.

Der Stadtrat ist mit den Bestrebungen, die Lichtverschmutzung zu reduzieren, auf einem guten Weg. Es sind aber bestimmt noch Optimierungen möglich. Und wie ein Vorredner von mir gesagt hat: Wir sollten dranbleiben.

Wir danken dem Stadtrat für den Ergänzungsbericht und nehmen diesen positiv zur Kenntnis.

**Stadtrat St. Fritschi:** Ja genau, das hat sich durch die Aktualität auch wieder überholt. Ich möchte aber doch noch etwas erwähnen: In der gleichen Zeit, seit wir die Beantwortung gemacht haben bis jetzt, habe ich diverse Briefe und Petitionen usw. von der SP Töss und vom FC Töss erhalten, man solle unbedingt den Weg zum Reitplatz beleuchten. Ein hochsensibles Gebiet, das ein Wildtierkorridor ist und mitten in der Natur ist. Ich möchte damit nur sagen: Es gibt ab und zu auch widersprüchliche Signale aus der Politik und der Bevölkerung und wir müssen dann da versuchen, den richtigen Weg zu bringen.

Der Wunsch, dass man die Anstrahlbeleuchtung nicht mehr anschaltet, den kann ich so nicht versprechen. Wir haben das im Stadtrat noch nicht besprochen, wir haben aber den Grundsteuerbefehl für die Anstrahl- und Festbeleuchtung per Ende März oder Ende April beschlossen. Und dann werden wir diesen wieder aktivieren.

Man muss einfach sehen: Es gibt immer mehr Verlagerung der Gesellschaft in dunkle Nachtstunden. Und es ist halt so, dass ein Sicherheitsgefühl – und da spreche ich auch von Verkehrssicherheit und nicht nur die subjektiv empfundene Sicherheit – sondern auch die wirkliche Sicherheit bei Verkehrskombinationen und Situationen, die einfach schwieriger werden, wenn es dunkel ist. Und deshalb sind auch die Fussgängerstreifen an den Kreuzungen heller beleuchtet, das ist Ihnen sicher auch aufgefallen, als zum Beispiel Quartierstrassen oder Seitenstrassen. Und das können wir mit der heutigen Technik und das ist auch der Vorteil.

Ich nehme das zur Kenntnis, dass Ihr mit dem einigermassen zufrieden seid, und ich gehe davon aus, dass die vielen Telefone, die von den Pflanzen, die bisher nur nicht wussten, dass sie in Christian Griesser einen wohlbehütenden Ambassador gefunden haben, der mir das jeweils mitteilt und mir sagt. Und das nehme ich so natürlich auch gerne zur Kenntnis.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Stefan. Ich habe keine ablehnende Kenntnisnahme dieses Ergänzungsberichts gehört, also keinen Antrag. Damit haben Sie diesem Geschäft zugestimmt und den Ergänzungsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Geschäft ist damit erledigt und abgeschlossen.

## 15. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2019.79: Beantwortung der Interpellation A. Gütermann (GLP), M. Nater (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), M. Bänninger (EVP), F. Landolt (SP), R. Heuberger (FDP), I. Kuster (Die Mitte) und Ch. Hartmann (SVP) betr. nachhaltige und krisensichere Stromversorgung für Winterthur**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2019.79: Beantwortung der Interpellation betreffend nachhaltige und krisensichere Stromversorgung für Winterthur. Das Wort hat der Erstinterpellant Markus Nater.

**M. Nater (GLP):** Die GLP hat wieder mal frühzeitig ein Thema aufgegriffen und schon im September 2021 nachgefragt, wie eine krisensichere Stromversorgung in Winterthur geplant ist. Diese Frage hat inzwischen leider an Aktualität zugenommen.

Der Stadtrat zeigt im Bericht gut auf, dass im europäischen Strombereich jederzeit gleich viel Strom verbraucht werden muss wie auch produziert wird. Daher muss es flexible Möglichkeiten geben, Verbraucher abzustellen oder bei einer Überproduktion Energie zu speichern. Wenn eine Unterversorgung stattfindet, kann es zu Stromunterbrüchen oder zu Blackouts kommen.

Unsere Fragen sind ausführlich und technisch beantwortet und zeigen stark auf, dass Winterthur keinen grossen Handlungsspielraum hat, sich aber auf Stromunterbrüche vorbereitet. Was heisst dies jetzt für die Winterthurer Bevölkerung? Wenn der unwahrscheinliche Fall von Stromabschaltungen eintritt, dann ist dafür Stadtwerk zuständig. Wie dies aber im Detail aussieht, ist leider in der Antwort nicht gross dargestellt.

Von Stadtwerk Winterthur kommen folgende Empfehlungen: Einerseits soll die Bevölkerung Energie sparen und effizienter verwenden, andererseits ist die Schlussempfehlung, die Lagerung von Gütern des täglichen Bedarfs. Hier wird stark auf die Eigenverantwortung der Bevölkerung gesetzt, obwohl die sichere Stromversorgung auch eine Aufgabe der Stadt Winterthur beziehungsweise von Stadtwerk ist.

Wir von der GLP denken, dass hier noch Spielraum bei Stadtwerk nach oben ist, um die Stadtbevölkerung vor den Folgen eines Blackouts zu schützen. So ist zu prüfen, wo verstärkt bestehende Notstromversorgungen für die Stromproduktion eingesetzt werden können oder welche Lösungen für dezentrale Energiespeicherungen vorhanden sind. Auch autarke Systeme oder Insellösungen sind zu stärken.

Ob es in Winterthur ein Blackout gibt, ist nicht die Frage, sondern die Frage ist: Wann haben wir ein Blackout und wie lange dauert er? Von daher müssen Stadtwerke – aber auch jeder von uns selbst - Vorkehrungen treffen, um auf so einen Fall vorbereitet zu sein.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis.

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Die Stadt ist sich der Ernsthaftigkeit der Lage bewusst. Die Kompetenzen bei der Strommangellage liegen beim Bund, die Koordination hat der Stadtführungsstab mit dem VSE. OSTRAL steht und dadurch wird der Bereitschaftsgrad der wirtschaftlichen Landesversorgungen aufgezeigt. Die systemrelevanten Betriebe haben Notstromaggregate.

Unsere Kritik von den Grünen/AL zielt dorthin, dass die nichtfossile Energieversorgung zu lange unterschätzt wurde. Und deshalb sind wir auch heute nicht da, wo wir sein könnten. Wenn die Planung der Wärmenetze und der alternativen Heizzentralen ernsthaft schon früher vorangetrieben worden wäre, und der Zubau von Fotovoltaik dazu, dann wären wir heute besser aufgestellt.

Trotzdem danken wir dem Stadtrat sehr für den Bericht – ich schliesse mich da in allem Markus Nater an – und nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis.

**M. Bänniger (EVP):** Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Was 2021 noch ein Schreckgespenst war, ist heute spürbar.

Wir von der EVP sind zuversichtlich, dass wir auch eine extreme Strommangellage in Winterthur, im Kanton Zürich, aber auch national meistern können oder auch meistern werden. Der schon fast zum Symbol gewordene «Extra Pullover» haben wir sicher alle längst eingekauft, und HomeOffice können wir ebenfalls gut, falls der Bahnverkehr beträchtlich eingeschränkt werden müsste. Auch das Homeschooling kennen wir in der Zwischenzeit und können das meistern und könnten somit Gebäudeheizkosten der Schulhäuser einschränken, wenn es nötig wäre.

Wenn es dann ganz arg kommen sollte, dann könnten wir auch neu Kälteferien - anstelle von Hitzeferien – einführen und uns auf unsere Familien konzentrieren. Geborgenheit und Wärme im Familienkreis.

Wir erachten die Priorisierung des Stadtrates bezüglich des Stromverbrauchs als angemessen und machbar.

Schauen wir aber gemeinsam, dass es nicht so weit kommt und reduzieren wir weiter unseren persönlichen Energiebedarf im privaten und auch, wo möglich, im geschäftlichen Umfeld. Wir von der EVP sind zuversichtlich, dass wir als Gesellschaft nach 2 Jahren Corona auch diese Energiemangellage meistern werden.

**L. Jacot (SP):** Ich habe dieses Geschäft von Felix Landolt übernommen, der mittlerweile nicht mehr im Rat ist. Daran sieht man, dass es schon ein bisschen älter ist.

Zur Zeit der Interpellation Ende September 2021 war die Ukraine noch irgendein Land im Osten, der Krieg und die damit verbundenen Konflikte mit Russland noch nicht absehbar. Und damals schrieb der Stadtrat noch: «Zudem ist auch heute die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Strommangellage oder eines länger dauernden Stromausfalls gering.» Das hat sich wahrscheinlich in der Zwischenzeit ein bisschen geändert, diese Einschätzung, wobei man ja ehrlich gesagt sagen muss, zumindest scheint sie diesen Winter noch nicht sehr gross zu sein, wenn wir weiter schön brav Strom sparen.

Jetzt sind wir ein Jahr weiser. Tatsächlich hat man mittlerweile viele Informationen, die in dem Bericht stehen, auch schon in den Medien gelesen und aus den Zeitungen erfahren.

Wir danken dem Stadtrat trotzdem für den interessanten Bericht. Dort sind auch noch die Zusammenhänge aufgezeigt von einem stabilen Stromnetz. Und dass wir halt für ein stabiles Stromnetz vom Ausland und vom Rest der Schweiz abhängig sind. Von daher wäre ein autarkes Stromnetz für Winterthur zwar eben wünschbar, aber es wäre weder stabil noch würde es uns in einer Strommangellage wirklich helfen. Denn wenn wir genügend Strom produzieren, dann ist das zwar schon mal gut, weil wir dann als Schweiz mehr Strom haben – aber autark brauchen in einer Strommangellage könnten wir das nicht. Da bräuchten wir zu viele Batterien für die Stadt Winterthur. Allerdings kann eine autarke Stromversorgung für einzelne Liegenschaftsbesitzer sinnvoll sein – eine Juwelierhandlung ist wahrscheinlich noch froh, wenn ihre Alarmanlage bei einem Blackout noch eine Weile läuft. Natürlich auch die Blaulichtorganisationen, Spitäler etc., die werden mit Notstromaggregaten versorgt. Aber sonst stünden für die Stadt Winterthur Kosten und Nutzen wahrscheinlich in keinem Verhältnis. Und ich müsste auch ehrlich sagen: Ohne Stausee wüsste ich auch nicht genau, wie man das denn speichern könnte.

Aber auf jeden Fall danke ich dem Stadtrat für den interessanten Bericht, wir nehmen das zur Kenntnis.

**Ch. Hartmann (SVP):** Im Wesentlichen lässt sich die Antwort des Stadtrates so zusammenfassen: «Wir sind nicht zuständig – der Bund ist es – wir machen nichts.»

Das ist nicht wahnsinnig ambitioniert, aber im Prinzip nachvollziehbar, soweit es das Elektrizitätswerk, das Stadtwerk umfasst.

Wir hätten uns aber auch eine Beratung der Unternehmungen (wenigstens aus damaliger Sicht) analog der Energieberatung für Private vorstellen können. Das passiert jetzt halt unter anderen Voraussetzungen sozusagen im Schnellzugtempo, ohne dass die Stadt da besonders aktiv geworden wäre.

Es bleibt allerdings das Geheimnis des Departementes der Technischen Betriebe, warum für die materiell überschaubare Antwort 11 Seiten gebraucht wurden in der Weisung. Wir werden uns jedenfalls an solche Papiere erinnern, wenn das Stadtwerk wieder zusätzliches Personal verlangt, weil so viele Weisungen zu schreiben seien.

Immerhin wissen wir heute aus aktuellem Anlass, dass der Bund genau so handelt, wie es in der Weisung beschrieben ist. Auf den Irrtum in der Weisung zur Strommangellage, nach der ein längerdauernder Stromausfall unwahrscheinlich ist, ist Lea schon eingegangen.

Dabei hätten wir nicht erwartet, dass der Stadtrat den tragischen Krieg in der Ukraine vorausgesehen hätte. Dieser hat aber auch kaum Einfluss auf die momentanen Risiken der Stromversorgung im nächsten Winter.

Vielmehr ist es die Nicht-Verfügbarkeit der französischen Kernkraftwerke, die uns möglicherweise in Schwierigkeiten bringen wird. Dass dieser Ausfall auch durch Fotovoltaik nicht kompensiert werden kann, beschreibt die Weisung sehr anschaulich.

Wir nehmen die Antwort mit einem Schulterzucken zur Kenntnis.

**R. Heuberger (FDP):** Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Die Antworten geben der Bevölkerung in der aktuellen Lage einen guten Überblick, was sie erwartet, sollte es im kommenden Winter zu einer Strommangellage kommen. Die Antworten sind ebenso informativ wie ernüchternd.

Und da muss ich gleich schnell Markus Nater vorweg sagen: Die Stadt kann die Bevölkerung nicht vor einem Blackout schützen. Kommt es nämlich tatsächlich zu einer Strommangellage - und das wurde schon von vielen durcheinandergemischt in der Argumentation, das ist natürlich überhaupt nicht dasselbe - so ist es irrelevant, über welche Stromproduktionsanlagen die Stadt beziehungsweise die Bevölkerung in Winterthur verfügt. Viel entscheidender ist, dass das europäische Stromnetz stabil gehalten werden kann. Gelingt das nicht, ist auch die Schweiz und Winterthur betroffen. Und ist die Schweiz betroffen, entscheidet – es wurde gesagt - der Bund über die grobe Zuteilung des vorhandenen Stroms (falls das Netz überhaupt aufrechterhalten werden kann).

Wichtig ist unseres Erachtens auch die Aussage, dass PV-Anlagen auf Privatliegenschaften nur dann für die eigene Versorgung genutzt werden können, wenn interne Speicher vorhanden sind. Da wiegen sich sehr viele in der Bevölkerung, die eine solche PV-Anlage haben, in einer Scheinsicherheit, die nicht vorhanden ist.

Fast beiläufig erwähnt der Stadtrat auch, dass im Falle einer Strommangellage auch der Rest der Versorgung nicht mehr gewährleistet wäre. Unsere Generation, die Gott sei Dank bisher selbst noch nie einen Krieg erleben musste, muss zur Kenntnis nehmen, dass Lagerhaltung von Gütern des täglichen Gebrauchs wieder an Bedeutung gewinnt.

Und da eine Antwort auch zur Ukraine: Die jetzige politische Lage hat es vielleicht beschleunigt, aber die Strommangellage ist eine Konsequenz von ganz vielen politischen Entscheidungen, die wir in den vergangenen Jahren getroffen haben, die uns immer mehr zu dieser Situation hingeführt haben.

Aufgrund dieser Antwort zeigt sich aus meiner Sicht, dass entscheidender als die Stromproduktion in der Mangellage die richtige Prioritätensetzung bei der Umstellung der Energieversorgung ist und dass wir jetzt alles daran setzen müssen, schnell qualifizierte Antworten dafür zu finden, wie die Schweiz beziehungsweise Winterthur die Energieversorgung in Zukunft sicherstellen kann.

Nochmals besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, die wir zustimmend zur Kenntnis nehmen.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Wir haben es schon mehrfach gehört: Wir alle realisieren es im Moment hautnah und immer mehr, wie wichtig Strom und Energie sind und es beschäftigt uns alle.

Zur Strommangellage: Hier können wir nur darauf hinweisen, wie wichtig neben der Planung die Kommunikation ist. Die vom Bund angedachten Abschaltungen einzelner Gebiete für gewisse Stunden ist vielleicht auf dem Papier umsetzbar, aber es ist fraglich, ob es in der Praxis

tauglich ist. Und es ist schon gar nicht erprobt. Welche Auswirkungen dies auf Kühlketten und Produktionsbetriebe, aber auch auf den Verkehr hat, das ist momentan nicht abschätzbar. Wir fordern Stadtwerk auf, dass solche Szenarien auch mit dem Einbezug der Betroffenen durchgespielt werden.

Vom Stadtrat erwarten wir ein Konzept, welche Dienstleistungen (nicht nur die systemrelevanten Anwendungen) weiterhin erbracht werden können, wie zum Beispiel die öffentliche Sicherheit gewährleistet ist. Und ist zum Beispiel angedacht, dass Teile des Zivilschutzes aufgegeben werden können? Was ist der Bestand an Stromgeneratoren, sind diese wirklich funktionstüchtig und wo sollen diese dann eingesetzt werden?

Private können teilweise durch den Einbau von Batterien, die ihnen Zusatznotstrom bringen, vorsorgen, auch wenn sie teuer sind. Hier ist sicher wünschenswert, wenn Stadtwerk Beratungen anbietet, was sinnvoll und machbar ist und sie gegenüber innovativen Lösungen offen sind.

Die aktuelle Energiesituation aufgrund der Ukraine-Krise zeigt, wie abhängig wir vom Strom sind und dass wir uns zu wenig Gedanken gemacht haben, wie wir unsere Stromversorgung sicherstellen. Gerade auch weil der Stromverbrauch wegen der Dekarbonisierung weiter ansteigen wird.

Die Mitte/EDU dankt dem Stadtrat für die Antwort auf die Interpellation und wir sind gespannt, was er aus den vielen Inputs und Bemerkungen macht.

**Stadtrat St. Fritschi:** Ich fange mit Christian Hartmann an. Wenn er findet, ich hoffe, ich habe das richtig gehört, es sei zu viel geschrieben worden – da hättest Du natürlich einen grossen Einflussfaktor: Dass Du so etwas nicht einreichst. Also wenn Du natürlich Fragen stellst, dann geben wir uns Mühe, weil wir Euch ernstnehmen. Und wir geben uns möglichst Mühe. Und wenn Ihr komplizierte Fragen stellt – und das waren relativ komplizierte Fragen, die Ihr gestellt habt – dann wird die Antwort auch nicht so simpel werden wie bei einer Frage, die einfach nur mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Also das habe ich etwas falsch verstanden jetzt von Dir. Also wenn Ihr wollt sparen bei der Verwaltung, dann reicht keine Vorstösse ein. Ich habe mir das als Stadtparlamentarier auch nicht so zu Herzen genommen, aber das ist der grösste Faktor, um zu sparen. Denn wir nehmen diese Anfragen ernst und versuchen, diese auch seriös zu beantworten. Deshalb habe ich diese komische Bemerkung nicht ganz verstanden.

Also einfach zum Klarstellen: Blackout. Wir sprechen in diesem Winter und in künftigen Wintern nicht mehr von Blackouts. Für ein Blackout ist die Chance sehr gering, dass es kommen kann. Aber eine Strommangellage, dass also die Menge von Produktion und Nachfrage nicht übereinstimmt, da ist die Chance leider etwas grösser, als es jetzt Michael Bänninger eingeschätzt hat. Also ich bin noch nicht so zuversichtlich wie Michael Bänninger. Aber da sind auch sehr viele verschiedene Meinungen vorhanden und das kann man gar nicht so klar messen. Aber dass die Produktion und Nachfrage nicht gleich ist, dafür ist leider die Chance gross. Und diesen Winter vielleicht etwas kleiner als in zukünftigen Wintern. Wir müssen uns vorstellen, dass wir in den Gaslagern noch relativ viel russisches Gas hatten, um diese Lager zu füllen in diesem Jahr. Wir gehen davon aus, dass in den zukünftigen Jahren russisches Gas nicht mehr in diesem Ausmass verfügbar sein wird. Also wird die Chance, dass es eine Energiemangellage geben wird, in Zukunft noch grösser werden als wir es für diesen Winter rechnen.

Von daher sind natürlich diese Hinweise und Fragen, welche Iris noch gestellt hat, alleine wieder einer Interpellation würdig. Und ich gehe davon aus, dass ich diese jetzt nicht so beantworte. Wenn Ihr sie beantwortet haben wollt, dann müsstet Ihr damit rechnen, dass es auch wieder mehr als eine Seite Antwortschreiben gäbe.

Aber ich glaube, die Aktualität und auch die Tagesmedienberichterstattung zeigt, dass das ein Thema ist, das uns beschäftigt, über das wir aber auch informiert werden. Und wo wir als Stadtwerk nur eines von vielen Zahnrädchen im ganzen Getriebe sind. Wir versuchen, unser Bestes zu machen und hoffen, dass dieser Winter überstanden wird, ohne dass wir in die Kontingentierung oder in einen Abstellmechanismus kommen. Das wäre wirklich nicht gut für uns als Stadt, als Bevölkerung und auch für die Wirtschaft.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Stefan. Damit ist diese Interpellation erledigt und abgeschlossen.

Wir gehen in die Pause und fangen um 20.05 Uhr wieder an.

*Nachtessenspause.*

**Parlamentspräsident R. Diener:** Wir schreiten zur wahrscheinlich kürzesten Sitzung dieses Jahres, der 17. Sitzung, die wir maximal bis 21 Uhr machen. Wir haben das Traktandum 15 noch erledigt vor der Pause.

## 16. Traktandum

**Parl.-Nr. 2020.60: Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), P. Schoch (SP), K. Frei Glowatz (GP) und M. Zehnder (GLP) betr. 4 autofreie Sonntage im Jahr**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2020.60: Antrag und Bericht zur Motion betreffend 4 autofreie Sonntage im Jahr. Das Wort hat zuerst Franziska Kramer-Schwob (EVP) als Erstmotionärin.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Ja, die Motion wollte im Idealfall, dass die Strassen per Gesetz an vier Sonntagen für den Verkehr komplett gesperrt werden. Dies ist rechtlich schwierig, es muss vorerst noch per Verfügung passieren. Das hat der Stadtrat in der Motionsantwort aus unserer Sicht sauber abgeklärt.

Deshalb soll die Umsetzung mit dem Baukastensystem erfolgen: Autofreie Quartiere, autofreie Route, autofreie Hauptachsen, auto-freiwillig. Dieses Konzept unterstützen wir von der EVP. Die Kosten sind überschaubar, weil die Anlässe in Zusammenarbeit mit Vereinen erfolgen.

Der Titel der Medienmitteilung vom 7. Januar 2021 hiess: «Der Stadtrat sagt Ja zu vier autofreien Tagen pro Jahr». - Die autofreien Sonntage, sie kommen! Darüber freuen wir uns als EVP sehr. Das UGS hat zugesichert, die autofreien Sonntage zu ihrem Auftrag zu machen. Die Fachstelle Klima möchte das Format unter anderem nutzen, um für das Klima zu sensibilisieren und darüber zu informieren. Darauf verlassen wir uns.

Um Netto Null bis 2040 zu erreichen, reicht es nicht, wenn die Stadt e-Autos anschafft und Solarpaneele auf den Schulhausdächern montiert. Wir brauchen alle, die ganze Bevölkerung. Die autofreien Sonntage können diese Partizipation fördern. Nebst den Quartiervereinen kommt auch die Zusammenarbeit mit Unihockey-Clubs für Strassenunihockey, mit «Slow up», mit dem Tag der Nachbarschaft und so weiter in Frage.

Wir haben ganz am Anfang in der Motion geschrieben, es sei wichtig, die Bevölkerung für autofreie Sonntage zu gewinnen. Wir sehen, dass die Fachstelle Klima das auch als Anliegen hat. Die autofreien Sonntage sollen zu schönen Erinnerungen werden und «Gluscht» machen auf neue, nachhaltige Formen der Mobilität. Die Motion möchte Raum schaffen für Entschleunigung und Genuss. Wir hoffen, dass die Leute gute Erfahrungen machen können, so dass sie auch sonst in ihrem Alltag mehr zu Fuss und mit dem Velo unterwegs sein möchten. Das ist unser Ziel. Die Bewegung für autofreie Tage ist in der Schweiz alt, kam aber nur sehr langsam voran. Winterthur kann da eine Vorbildfunktion übernehmen.

Wie x-fach gesagt: Es geht erstens nicht darum, Handwerker zu plagen, deshalb haben wir den Sonntag gewählt. Strassen sind halt nur frei für anderes, wenn alle mitmachen. So einfach ist das. Und zweitens geht es auch nicht darum, ein zweites Albanifest zu gründen, wie

die Bürgerlichen den Klimatag teilweise deuten wollten. Weit gefehlt. Es geht um Schlichtheit, Langsamverkehr, Einfachheit und auch Ruhe.

Die autofreien Tage haben Eingang gefunden in das Klimakonzept, bei den Massnahmen Mobilität. Es ist, auch wegen der Pandemie, sehr langsam vorwärtsgegangen mit der Planung. Die Motion wurde ja vor 2,5 Jahren eingereicht. Immerhin ist der Startschuss geschafft. Der Klimatag, den die Fachstelle Klima als Pilot nutzen wollte, hat stattfinden können. Die Quartiere sind nun mit einem sehr ansprechenden Flyer dazu eingeladen worden, im Winter einen autofreien Quartieranlass durchzuführen. Auch bei den autofreien Quartieren braucht die Planung Zeit, da die Quartiervereine von Freiwilligen getragen werden. Aber es gibt Interesse, Gespräche finden statt, die Planung läuft. Und das finden wir wichtig.

Wie von der EVP haben einen langen Schnauf. Die autofreien Sonntage kommen. Und der Sonntag kann wieder ein Stückchen mehr zu dem werden, was er sein kann: ein Festtag. Darauf verlassen wir uns und stimmen der Abschreibung der Motion zu.

**M. Gnesa (SP):** Zunächst einmal danken wir dem Stadtrat für den interessanten Bericht.

1973, während der Ölkrise, gab es in der Schweiz drei landesweit autofreie Sonntage. Das war ein besonderes Erlebnis, das damals möglich war, weil der Bundesrat im Zuge der Ölkrise diese autofreien Sonntage verordnet hatte.

Der Bericht des Stadtrates datiert vom Januar 2021. Seither ist einiges passiert, wie wir alle wissen. Mit dem Krieg in der Ukraine und den damit einhergehenden steigenden Energiekosten ist es voll im Trend, autofrei unterwegs zu sein. Das auch ohne Anordnung.

Bisherige Anläufe für eine grösserflächige Durchsetzung sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Der Stadtrat bekundet Sympathie für das Anliegen der Motion. Er ist sich bewusst, dass autofreie Sonntage einen Wert und einen Nutzen für die Bevölkerung darstellen. Er zeigt aber auch detailliert die rechtlichen Randbedingungen auf, die es zu erfüllen gilt, und die übrigen drastischen Umsetzungsschwierigkeiten. Der Stadtrat skizziert aber auch, was in Winterthur möglich ist, und schlägt eine interessante, pragmatische Lösung vor, die den rechtlichen Rahmen nicht sprengt. Diese mildere Form mit den vier Aktions- und Erlebnistagen ist aus unserer Sicht ein gangbarer Weg, unser Anliegen zu realisieren. Und es ist auch schon einiges im Gang, wie meine Vorrednerin auch geschildert hat.

In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion vom Bericht im zustimmenden Sinne Kenntnis und stimmt der Abschreibung zu.

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Unser Ziel ist nicht erreicht, denn die autofreien Sonntage scheint es in der nächsten Zukunft in Winterthur nicht zu geben. Das haben schon meine Vorrednerin dargelegt. Aber wir schreiben die Motion trotzdem auch gerne ab.

Ich sage zuerst das Positive: Wir als Motionärinnen und Motionäre haben das Gefühl, dass wir etwas anstossen konnten. Das Thema ist auf die Agenda gekommen. Ein Sensibilisierungsprozess – der schon am Laufen war durch Corona – hat in Winterthur neuen Schwung erhalten. Und Franziska Kramer hat vorhin schon viel gesagt, nämlich eben, dass es auch Eingang in das Klimakonzept von Winterthur gefunden hat. Der Klimatag hat stattgefunden. Und der Klimatag 2023 steht schon fix in der Stadtagenda. Das Konzept für den Pilot «Autofreie Quartier-Sonntage» liegt auch vor. Das DSU ist im Gespräch mit den Quartierverantwortlichen und darüber freuen wir uns sehr. Wir konnten sogar lesen, dass das DSU eine Community gründen möchte und alle einlädt, Teil von dieser Community zu werden. Eine Community, die eben freiwillig auf das Auto verzichtet.

Aber klar: Das freiwillige Konzept hat seine Grenzen. Und wir wären keine Grünen, wenn wir das nicht fordern würden. Und deshalb finden wir schon, wir bleiben dabei: Autofrei heisst halt schon auch noch mehr als ein Quartier-Event und als Auto-Freiwilligkeit.

Die Grundsatzfrage, wie viel Auto verträgt denn die Klimastadt der Zukunft, die bleibt noch. Diese sitzt uns immer noch im Genick und bleibt brisant. Unsere grüne Antwort dazu ist natürlich: Einiges weniger. Und dafür wäre es mehr Lebensqualität für alle.

Deshalb fordern wir zum Schluss den Stadtrat weiter dazu auf, die gesetzlichen Regeln, die schon ausgelotet worden sind, immer wieder neu auszuloten, denn es gibt ja auch immer

eine Entwicklung in verschiedener Hinsicht, und immer wieder neue, autofreie, innovative Wege zu gehen. Danke vielmal.

**M. Zehnder (GLP):** Für viele war schon der Gedanken alleine, dass vier Mal im Jahr auf den fahrbaren Untersatz verzichtet werden müsste, ja herzerreissend. Der Untergang der Sonntagsgastronomie bis zum Stillstand des Flughafens, wenn allenfalls Mitarbeiter nicht mehr von Winterthur her zur Arbeit fahren könnten, so wurde schwarzgemalt.

Der Stadtrat hat eine Light-Version der Motion ausgearbeitet. Aber auch bei dieser Lösung wird der Mahnfinger (zum Beispiel in Bezug auf Rettungseinsätze, weil die Fahrzeuge nicht mehr durch die gesperrten Strassen kommen) aufgehalten. Dabei hat die Stadtpolizei ja bestens bewiesen, dass sie sogar durch das Albanifest reiche Hochzeitspaare bis an die Kirchenpforte hinfährt. Da sollte es einer Blaulichtorganisation sicher auch möglich sein, einen Weg durch die Stadt zu finden, wenn vielleicht einmal ein Quartier autofrei gestaltet ist. Zur Planung bleibt ja mit Sicherheit genügend Zeit, vor allem weil ja die Sicherheitskonzepte für jeden Anlass, der mehr als fünf Stühle unter einem Sonnenschirm verlangt, in überdimensionierter Art und Weise in x-facher Ausführung bei der Stadtverwaltung an der richtigen Stelle hinterlegt werden muss, so dass ein Mitbericht verfasst werden kann. Ich glaube, da ist genügend Zeit für die Blaulichtorganisationen vorhanden, um schon mal einen Weg zu planen durch diese Stadt.

Bitte, hören Sie doch auf damit, Angst zu schüren und Angst zu haben, wenn man einmal sagt, die Bevölkerung solle auf das Auto verzichten.

Wir sind froh, dass der Stadtrat das Thema aufgenommen hat und wenigstens ein paar wenige Anlässe zu diesem Thema durchführen kann. Wir sind froh, dass diese Anlässe pragmatisch und kostengünstig durchgeführt werden sollen.

Und wir stimmen der Abschreibung der Motion zu.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion stellt den Antrag auf negative Kenntnisnahme dieses Motionsberichts. Der Abschreibung der Motion stimmen wir hingegen zu. Der Stadtrat zeigt in seinem Bericht schlüssig auf, dass die Durchführung von autofreien Sonntagen aus rechtlicher Sicht nicht möglich oder zumindest sehr schwierig ist. Weiter zeigt er die praktischen Schwierigkeiten einer Durchführung auf. Und dann kommt der Stadtrat - entgegen seiner eigenen Einschätzung - zum Schluss, dass er dem Anliegen von Links-Grün Rechnung tragen möchte und solche Aktions- oder Erlebnistage einführen möchte, pro Jahr vier Stück. Dabei sollen Quartierstrassen oder ganze Perimeter von Quartieren gesperrt werden. Man darf gespannt sein, ob dieser Ansatz vor allem gewählt wird, damit die Rechtsmittel gegen die Sperrungen gar nicht erst möglich sind, weil es kurze, punktuelle Schliessungen sind.

Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt solche autofreien Sonntage oder Aktionstage wie gesagt ab. Diese Tage haben bezüglich CO<sub>2</sub>-Reduktion keinen spürbaren Effekt. Mit bis zu 200'000 Franken pro Anlass, Martin, finden wir das nicht kostengünstig, sondern zu teuer. Dass Klimatage zu Rummelanlässen werden könnten, ist nicht nur ein Vorbehalt, den wir von der bürgerlichen Seite haben, sondern der durchaus auch von Links/Grün in der Kommission genannt wurde, liebe Franziska.

Die Mitte/EDU-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass solche Klimatage nicht durchgeführt werden sollten. Mit diesen Klimatagen werden wie gesagt jährlich bis zu 800'000 Franken ausgegeben, für eine Massnahme. Es ist pro Anlass 200'000, mal vier, gibt 800'000 – gemäss Motionsbericht. Es kann sein, dass im Budget weniger eingestellt ist, aber im Motionsbericht sind diese Zahlen drin. Wenn man das zusammenrechnet, dann muss man sagen: Es gäbe bessere Massnahmen, um CO<sub>2</sub> zu sparen, als diese vier Klimatage.

Entsprechend hoffen wir, dass Ihr unserer negativen Ablehnung zustimmt. Vielen Dank.

**G. Porlezza (FDP):** Ich kann mich meinem Vorredner mehr oder weniger anschliessen. Der Vorschlag des Stadtrates, nicht vier komplett autofreie Sonntage anzubieten, ist ja auch mit dem abgemilderten Vorschlag für eine im Grunde genommen schon falschen Idee. Nämlich, dass Autos verschwinden, wenn sie nicht durch die Stadt fahren dürfen.

Der Stadtrat schreibt ganz richtig: «Eine Sperrung sämtlicher kommunaler und soweit möglich der kantonalen Strassen an vier Sonntagen pro Jahr würde ein umfassendes Verkehrskonzept erfordern.» Ein solches umfassendes Verkehrskonzept, das wäre es eigentlich mal. Schade, sprechen wir heute nicht über das.

Denn am Schluss ginge es nämlich genau um das. Glauben Sie mir: Kein Mensch will mit seinem Auto durch Winterthur fahren müssen, an einem Sonntag schon gar nicht, dann hat ja alles zu.

Der Stadtrat und auch wir müssen uns also besser fragen: Woher kommt es dann, dass es am Sonntag offenbar in der Stadt Winterthur so viel Verkehr hat, dass man sich einen autofreien Sonntag wünscht. Genau: Weil man durchfahren muss.

Ich muss Herrn Zehnder auch sagen: Ich habe keine Angst. Aber ich bin Anwohnerin von einer Strasse, die dieses Jahr am Klimatag auch sehr viel von diesem Erlebnis hatte. Aber nichts Positives. Albanifest hätte ich das auch überhaupt nicht genannt. Meine Strasse, die Wüflingerstrasse, war nämlich – anders als die Technikumstrasse - überhaupt nicht autofrei. Im Gegenteil. Es gab weder auf der Neuwiesenstrasse noch auf der Wüflingerstrasse irgend ein Durchkommen. Ein super Erlebnis! Das Einzige, das ich erlebt habe, waren Menschen, vom Fussgänger bis zum Trottinettfahrer, die sich fragten, was da passiert ist.

Vielleicht haben der Stadtrat und Sie, die an der Technikumstrasse am Wasserrädli gedreht haben, gedacht: Super! Wir haben die Leute sensibilisiert, weniger Auto zu fahren. Wohingegen wir Anwohner der nächstgelegenen Strassen gedacht haben, dass die Winterthurer Politik offenbar nicht sensibilisiert wurde dafür, welches die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung sind. Das ist einfach eine reine Symbolpolitik, die einem grossen Teil der Anwohner in den betroffenen Strassen einfach nur geschadet hat. Die Verhältnismässigkeit sehe ich überhaupt nicht.

Und weshalb sollten diejenigen aus Töss weniger Auto fahren, nur weil in Oberi eine Quartierstrasse gesperrt ist? Das muss mir dann noch jemand erklären.

Der Stadtrat schreibt: «Neben dem unmittelbaren Erleben der Vorteile sind solche Aktionen auch eine gute Gelegenheit, das eigene Mobilitätsverhalten zu reflektieren und zu schauen, welche positiven Auswirkungen der Autoverzicht auf den Alltag hat beziehungsweise wo die Hürden und Herausforderungen liegen.»

Ja, wenn die Verwaltung die Bürger erziehen könnte, dann wären nicht 42% der Erwachsenen und 17% der Kinder übergewichtig. Dass Zucker und zu wenig Bewegung schädlich ist, weiss nämlich jedes Kind schon länger als dass CO<sub>2</sub> nicht gut ist. Man sieht das. Man muss nicht seine Ideen am Bürger vorbei durchsetzen wollen. Beim Übergewicht heisst das: Ein möglichst grosses Sportangebot unterstützen. Beim Verkehr heisst das: Die Infrastruktur zur Verfügung stellen, die es braucht, und sie nicht noch künstlich zu verknapfen.

Es ist nicht der Auftrag einer Stadt, ihre Bürger zu erziehen. Es ist der Auftrag einer Stadt, sie so lebenswert wie möglich zu machen. Und zwar für alle! Diesen Slogan kennen ja die einen hier drinnen. Daher soll aus meiner Sicht der Stadtrat die Ressourcen, die er hat, nicht für gesperrte Strassen aufwenden, sondern dafür, dass es ein sinnvolles Miteinander auf unseren Strassen geben kann.

Kein Autofahrer will an einem Sonntag durch die Stadt Winterthur fahren. Setzen wir doch bitte dort an, wo der Schuh wirklich drückt, und nicht mit solcher Symbolpolitik.

Ich bin überzeugt, alle Anwohner, die Opfer sind vom ausweichenden Verkehr, sind Ihnen dankbar.

**W. Isler (SVP):** Die SVP-Fraktion hat die völlig weltfremde und unnötige und rein politische Motion betreffend vier autofreien Sonntagen auf dem Gebiet der Stadt Winterthur zur Kenntnis genommen.

Unsere Fraktion spricht sich klar gegen diesen nicht nachvollziehbaren Alleingang aus und sieht, neben einem neuen, grossen Kontrollaufwand betreffend der Durchsetzung des Fahrverbots und dem Erteilen von Ausnahmegewilligungen absolut keinen Nutzen für die Umwelt. In einer Zeit, in der wir täglich mit schrecklichen Kriegsnachrichten, einer wirtschaftsschädigenden Inflation und explodierenden Energiepreisen zu kämpfen haben, ist diese Motion ein

Hohn gegenüber unseren KMU, Gastro- und Kulturbetrieben. Ein absoluter Hohn, weil abermals – gegenüber unseren Nachbargemeinden – werden wir wieder beschnitten und benachteiligt.

Einen Bären dienst würden wir bei einer Umsetzung dieser auch für Winterthur imageschädigenden Motion auch unseren zahlreichen Sportvereinen machen, weil schlicht nicht alle Mannschaftssportler mit dem ÖV anreisen können. Selbiges trifft natürlich auch das Technorama und die verschiedenen Kulturstätten.

Und zu guter Letzt: Was nützt da unsere vielgepriesene Standort- und Tourismusförderung, wenn es am Ende des Tages bei allen Einfahrtsstrassen heissen wird: «Sie sind heute nicht erwünscht und müssen deshalb draussen bleiben.»

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich deshalb dringend, diese rufschädigende Motion abzulehnen.

**Stadträtin K. Cometta:** Lieber Walter Isler, ich glaube nicht, dass das gleich rufschädigend ist, die vier autofreien Sonntage, und auch die Zufahrt zum Technorama und zu Sportveranstaltungen sind bis anhin in keiner Art und Weise gefährdet gewesen. Vielmehr hat ja der Stadtrat eben einen pragmatischen Weg gewählt, es wurde gesagt. Die Motionärinnen und Motionäre hätten am liebsten die ganze Stadt gesperrt. Das ist schon rein rechtlich nicht möglich, in dem Sinn, Marilena. Es ist auch nicht das Bild von der Ölkrise 1973, wo man auf den Autobahnen spazieren ging. Was vor meiner Zeit war, aber diese Bilder haben sich bei vielen Generationen doch auch irgendwo eingebrannt. Es ist etwas Schönes – aber es geht ja gar nicht um das.

Es geht um einen pragmatischen Weg, mit dem Baukastensystem, mit dem man auch verschiedene Typen von autofreien Sonntagen jetzt auch ausprobiert. Es ist ein Pilot, es ist befristet bis Ende 2025, damit man das nachher auch evaluieren kann.

Es wurde gesagt: Es braucht Zeit. Einerseits hat Corona einiges verunmöglicht, andererseits haben wir auch gemerkt, dass das mit den Quartieren viel mehr Zeit braucht als erwartet. Wir sind seit dem Sommer im Gespräch mit Quartiervereinen, aber sie ihrerseits haben auch Strukturen, das kann ich gut nachvollziehen, wo sie dann nicht so spontan sagen können: Ja, probieren wir doch.

Noch eine kleine Korrektur, Andreas Geering: Es geht nicht um 200'000 Franken pro Anlass. Für die Pilotphase ist der Kredit insgesamt 577'000 Franken, und das ist aber als Maximalgrenze zu verstehen. Das haben wir auch so ausgewiesen. Ein autofreies Quartier, dort rechnen wir mit Kosten von maximal 10'000 Franken. Und es sind ja auch primär die autofreien Quartiere, auf die wir setzen. Mit Ausnahme von einer grossen Veranstaltung pro Jahr, wie wir es jetzt am 25. September mit dem Klimatag hatten.

Und, liebe Gioia, ich weiss nicht, ob Du Dich trotzdem auch auf die Technikumstrasse gewagt hast. Ich habe es doch sehr eindrücklich gefunden, einmal zu erleben, wie gross diese Strasse eigentlich ist, wie viel Raum das braucht. Ich habe auch ganz viele coole Aktivitäten gesehen. Es haben sich extrem viele zivilgesellschaftliche Organisationen gemeldet bei uns und sich drangehängt. Und es hat mich doch auch gefreut und hat mir doch auch gezeigt, dass es nicht eine Erziehungsmassnahme des Stadtrates ist – es kam ja vom Parlament, von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt – sondern dass es durchaus gesellschaftliche Bedürfnisse gibt nach einem solchen Tag.

Und in dem Sinne bin ich gespannt auf das nächste Mal. Danke vielmals.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Katrin Cometta. Wir kommen demzufolge zur Abstimmung über den Antrag, der gestellt wurde, nämlich den Antrag auf negative oder ablehnende Kenntnisnahme dieses Berichts.

Wer diesen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Das darf man als klare Mehrheit bezeichnen. Sie haben damit die Motionsantwort zustimmend zur Kenntnis genommen, mehrheitlich.

Zur Frage der Erheblichkeit wurde kein Antrag gestellt, damit ist diese Motion von Ihnen abgeschrieben worden und das Geschäft 20.60 ist erledigt.

## 17. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.67: Antrag und Bericht zur Motion F. Kramer-Schwob (EVP), A. Büeler (Grüne), B. Zäch (SP) und M. Zehnder (GLP) betr. Rahmenkredit Klimamassnahmen**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2021.67: Antrag und Bericht zur Motion betreffend Rahmenkredit Klimamassnahmen. Ich gebe zuerst das Wort Franziska Kramer-Schwob (EVP) als Erstmotionärin.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Gerade vorweg: Die rechtliche Einschätzung des Stadtrates zu dieser Motion teilen wir nicht. Es gibt sie, diese Schnellschussvorstösse, die wenig recherchiert sind und an Juristischem scheitern. Das hier ist aber kein solcher. Der Motion sind lange, sorgfältige Abklärungen vorausgegangen, unter anderem mit dem Gemeindeamt. Ich wehre mich dagegen, mit juristischen Argumenten etwas abzulehnen, das man politisch vielleicht nicht möchte oder nicht schafft.

Ziel der Motion ist es, Klimamassnahmen zu finanzieren. Das Volk hat ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Wir alle wissen, dass Klimamassnahmen kosten. Es wird in jedem Budget wieder gesagt, auch dieses Jahr wurde es gesagt. In den Parkhausreserven haben wir viele Millionen «eingelagert». Eine direkte Verknüpfung von Rahmenkredit und Parkhausreserven wäre rechtlich nicht zulässig, aber in zwei Schritten wäre es völlig unanfechtbar gegangen: Einen Rahmenkredit beschliessen und davon unabhängig das Geld dafür aus den Parkhausreserven in den Steuerhaushalt überführen.

In der Motionsantwort wird gesagt, man habe kein Projekt gefunden, das genau 7,5 Millionen gekostet hätte. Ich bin überzeugt, dass wir als Parlament Verständnis gehabt hätten, wenn der Stadtrat den Antrag auf einen kleineren oder mehrere kleinere Rahmenkredite gestellt hätte. Das wäre bei den Motionären ganz sicher besser angekommen, als den Rahmenkredit rundum abzulehnen. Die 7,5 Millionen waren eine Maximalgrösse.

Der Stadtrat hat in seiner Motionsantwort gesagt, dass Laternenparkplätze im Grund genommen ein geeignetes Projekt gewesen wären. Zum Thema Laternenparkplätze gab es inzwischen eine Schriftliche Anfrage und eine Antwort des Stadtrates, dass dies einfach sehr teuer wäre. Warum hat man nicht die Chance gepackt und solche Parkplätze mit dem Rahmenkredit dieser Motion finanziert?

Der Stadtrat sagt in der Motionsantwort, er brauche das Geld nicht, er könne die Klimamassnahmen auch sonst finanzieren. Gerade zum Beispiel auch die autofreien Sonntage. Ich gehe davon aus, dass dies ohne Steuererhöhungen gehen wird. Auf das werden wir ihn behaften. Auch gehört haben wir letzten Montag bei der Vorstellung des Geschäfts «finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur», dass zu Protokoll gegeben worden ist, dass das aus den Parkhausreserven entnommene Geld für Klimamassnahmen eingesetzt werden soll. Immerhin. Auch darauf werden wir sicher ein Auge behalten. Wir sind gespannt, wie der Stadtrat das praktisch umsetzen will ohne unseren Rahmenkredit. Wir reden in der Rechnung dann wieder darüber.

Eine Erheblicherklärung macht unter den gegebenen Umständen keinen Sinn. Wo kein Wille ist, gibt es halt auch keinen Weg. Die Klimamassnahmen müssen anders finanziert werden. Dass die Klimamassnahmen Priorität haben, darin sind wir uns wenigstens einig. Und deshalb stimmen wir der Abschreibung zu.

**A. Büeler (Grüne/AL):** Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Antwort zu dieser Motion. Was uns freut ist, dass der Stadtrat das Kernanliegen der Motion begrüsst. Die Förderung von Klimamassnahmen bei der Mobilität ist sinnvoll zur Umsetzung vom Netto-Null-Ziel bis

2040, was ja einem klaren Auftrag der Stimmbevölkerung entspricht. Wir sind wie die EVP nach wie vor der Meinung, dass der Rahmenkredit eine schnelle und rechtlich mögliche Finanzierbarkeit der Klimamassnahmen gewährleistet hätte.

Wenn der Stadt gleichwertige oder sogar bessere Finanzierungsinstrumente zur Verfügung stehen, soll uns das noch so recht sein. Und ja, leider werden viele konkrete Projekte durch Rekurse blockiert oder auch einfach nur verzögert. Falls das vom Stadtrat bevorzugte Vorgehen rechtlich wirklich weniger angreifbar ist als der Rahmenkredit, ist das natürlich in unserem Sinn.

Die Antwort hat uns aber schon irritiert, denn diverse Klimamassnahmen im Bereich Mobilität sind noch nicht auf dem Weg. Franziska hat da ja schon diverse aufgezählt, ich werde diese nicht nochmals wiederholen.

Wir werden deshalb auch keinen Antrag auf Erheblichkeit stellen. Das bedeutet aber kein Nachgeben bezüglich Absichten der Motion, sondern es ist ein Vertrauensvorschuss für den Weg vom Stadtrat. Die Antwort des Stadtrates ist für uns eine verbindliche Zusage, dass Klimamassnahmen im Bereich der Mobilität finanziert sind und schnell vorangetrieben werden. Und sonst müssen wir halt dann wieder mit Vorstössen zu einzelnen Projekten Druck machen.

**B. Zäch (SP):** Die Motion «Rahmenkredit für Klimamassnahmen» verfolgte ein wichtiges Ziel, nämlich, zusätzliche Mittel für nachhaltige Klimamassnahmen im Mobilitätsbereich bereitzustellen. Dafür sollten Parkhausreserven herangezogen werden, die über die Jahre weit über das benötigte Mass hinaus angewachsen sind.

Die Idee bleibt richtig, aber die Umsetzung kann, wie wir zur Kenntnis nehmen müssen, nicht so erfolgen, dass diese Mittel direkt umgewidmet werden dürfen. Die Parkhäuser sind Eigenwirtschaftsbetriebe und deren Erträge sind, mit Ausnahme von Abschöpfungen zugunsten des Steuerhaushalts, zweckgebunden. Es gibt dazu zwar andere juristische Meinungen, aber sie begeben sich ganz offensichtlich auf heikles finanzrechtliches Terrain.

Im Rahmen der Erarbeitung der Rechtsgrundlage zur Vergütung der Parkhäuser hat das Stadtparlament an der letzten Sitzung beschlossen, dass nun jährlich 2 Millionen Franken aus den Parkhausreserven in den allgemeinen Steuerhaushalt übertragen werden sollen, um diese Rückstellungen wieder auf das benötigte Mass zu senken. Dieser Entscheid ist richtig und wichtig.

Unserer Motion ist es aber zu verdanken, dass der Stadtrat in der Weisung, die wir behandelt haben, nun ausdrücklich das Commitment abgibt, dass diese Massnahme (ich zitiere): «der Stadt Winterthur den Spielraum, auch ohne Zweckbindung, umweltschonende Mobilitätsformen zu fördern bzw. andere wichtige Massnahmen des Energie- und Klimakonzepts 2050 umzusetzen» (Zitat Ende) verschafft.

Darum, diesen finanziellen Spielraum zu schaffen, ging es uns in der SP-Fraktion. Wir stimmen dem Stadtratsantrag auf Abschreibung der Motion zu.

**M. Zehnder (GLP):** Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung der Motion. Leider gibt es tatsächlich für die in der Motion geäusserten Wünsche keine oder gegenteilige Gesetzgebungen für die Bildung eines Rahmenkredites oder eines Fonds, welcher unserem Anliegen näherkommen würde.

Da müsste zuerst im Kantonsrat noch ein Vorstoss, der von der grünliberalen Fraktion eingereicht wurde, durchkommen und damit eine Gesetzesänderung hinbekommen werden.

Der Stadtrat zeigt aber bei der Beantwortung der Motion, dass er gewillt ist, die geforderten Mobilitätsmassnahmen und Klimamassnahmen wirklich zu finanzieren. Es ist einfach so, dass die Motion nicht beim richtigen Hebel ansetzen würde.

Im Weiteren schliesse ich mich den Vorrednern an. Sie haben bereits ungefähr das gesagt, was ich mir aufgeschrieben habe. Wir sind aber nicht dermassen negativ eingestellt bei dieser Motion wie die EVP. Wir bedanken uns und wir werden dieser Abschreibung zustimmen.

**U. Hofer (FDP):** Wir haben bereits bei der Überweisung gesagt, dass es rechtliche Bedenken gibt. Und nun – oh Wunder! – stellt die Antwort zusammenfassend fest, dass es rechtliche Bedenken gibt.

Franziska meint zwar, das sei ein Fake und der Stadtrat wolle das einfach politisch nicht. Da frage ich mich dann aber schon ein bisschen, welche progressive Allianz die EVP genau unterstützt hat beim letzten Wahlkampf, wenn man das politisch nicht will.

Aber ich finde, unabhängig davon, am treffendsten sagt es eigentlich der folgende Satz aus der Motionsantwort: Instrumente sollen schliesslich dem Inhalt dienen und nicht umgekehrt. Und genau daran harzt es, beim Inhalt - und da meine ich mehr als die Idee von vier autofreien Sonntagen.

Darum ist es auch gut und richtig, dass die Motionsantwort wenigstens genutzt wurde für ein paar konkrete Ideen neben dem Schwatzen. Vorab im Bereich der Mobilität. Gerade beim Projekt City-Logistik sehen wir ein erhebliches Potenzial, wenn es richtig umgesetzt wird. Da müssen aber auch Leute beigezogen werden.

Und ja, da bin ich mit den Vorrednern einig: Da könnte man nach einigen Jahren Klimanotstand noch ein bisschen mehr Fleisch am Knochen erwarten als das, was jetzt da im Bericht steht. Aber jetzt unbedingt mehr Konkretes, weniger Leerläufe – und dann kommen wir vielleicht auch einmal etwas näher ans Ziel. Besten Dank.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Im September 2021, bei der Überweisung dieser Motion, hatte ich im Namen der Mitte/EDU-Fraktion dafür plädiert, auf diese Überweisung zu verzichten. Unsere Begründung war folgende: Es erschliesse sich nicht, wie Klimamassnahmen im Bereich Mobilität aus einem Rahmenkredit finanziert werden sollen, welche Massnahmen das sein sollen und auch, dass die Parkhausreserven nicht zweckgebunden für Mobilitätsmassnahmen in der Rechnung verwendet werden können.

Der Stadtratsbericht gibt uns Recht mit unserer Einschätzung. Eigentlich wusste man das auch schon vorher. Man wusste das seit der Beantwortung einer Interpellation, welche Iris Kuster mit anderen im Jahr 2019 eingereicht hatte.

Stattdessen sollen Klimamassnahmen im Bereich Mobilität – wie alle anderen Klimamassnahmen auch – einzeln beschlossen werden. Das finden wir richtig.

Der Stadtrat kommt im Motionsbericht ebenfalls zum Schluss, dass «der Rahmenkredit nicht das geeignete Instrument dafür darstellt». Und weiter: «der Stadt Winterthur stehen gleichwertige oder sogar bessere Finanzierungsinstrumente zur Verfügung» als ein Rahmenkredit. Übrigens ist es ja auch bei einem Rahmenkredit so, dass einzelne Teilprojekte rechtlich durchaus angefochten werden könnten. Damit wäre keine grössere Umsetzungssicherheit vorhanden. Das ist auch richtig so in einem Rechtsstaat.

Finanztechnisch ist es jetzt so, dass die Parkhausabschöpfungen, wie auch die Stadtwerkabschöpfungen und die allgemeinen Steuern eben in den allgemeinen Haushalt fliessen. Und daraus finanziert dann die Stadt ihre Ausgaben, inklusive Mobilitätsmassnahmen und Klimamassnahmen. Dies finden wir richtig.

Die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat entsprechend für den Motionsbericht, nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und stimmt dem stadträtlichen Antrag auf Ablehnung der Motion zu.

**Stadträtin K. Cometta:** Ich danke Euch mal ganz grundsätzlich: Mit der Überweisung dieser Motion hat das Parlament gezeigt, dass es gewillt ist, Klimamassnahmen auch zu finanzieren. Das als solches Signal hat mich auch sehr gefreut.

Das andere, dass Parkhausreserven nicht direkt für Klimamassnahmen gebraucht werden können, das ist wohl mittlerweile allen klar. Oder mindestens solange die PI Cometta im Kantonsrat ist und dort auch ein Energiefonds gegründet wird, ist das hier auch kein Thema.

Und es stimmt, Franziska, rein kommunikativ ist es möglich zu sagen, man nimmt das Geld aus der Parkhausreserve in den Steuerhaushalt, und nachher macht man einen Rahmenkredit ohne rechtliche Verbindung. Das ist möglich. Aber ist ein Rahmenkredit das sinnvolle Instrument für einzelne Projekte? Das hat Urs Hofer auch gesagt. Vor allem wenn man nachher schaut, was die Bedingungen sind an einen Rahmenkredit: Es muss den gleichen konkreten

Zweck haben, es muss einen sachlichen Zusammenhang haben, die Einheit der Materie muss gewahrt sein, die Delegation an den Stadtrat muss genau umschrieben sein, der gestalterische Spielraum muss überschaubar sein und alle Folgeaufwände müssen eingerechnet sein. Dann ist man sehr schnell in einem sehr engen Korsett. Also insbesondere die Trennungsverbote: Alle Ausgaben, die damit zusammenhängen, müssen darin sein, inklusive der wiederkehrenden Folgekosten. Kombiniert mit dem Vermengungsverbot, dass man nicht Sachen in einen Rahmenkredit packen darf, die keinen sachlichen Zusammenhang haben. Das macht die Schnittmenge, wo man dann wirklich ein geeignetes Projekt hätte, relativ klein. Und da bin ich durchaus der Meinung, dass man zuerst das Projekt haben muss, dass man zuerst wissen muss, was man will – und dann freut es mich, habe ich ein Parlament, das dann diesen Anträgen auch folgen würde.

City-Logistik wurde genannt, das ist ganz ein wesentlicher Bestandteil, an dem man jetzt mit dem Richtplan dran ist. Andere Sachen, wo wir dran sind, haben wir ja auch schon aufgelistet, zum Beispiel die Veloschnellroute Töss (geht diesen Frühling auf), Buspriorisierung ist man daran und teilweise auch schon umgesetzt. Also man ist dran an diesen Massnahmen. Und ja, ehrlich gesagt, als die Motion überwiesen wurde mit den 7,5 Millionen, da dachte ich zuerst: Juhui, nehmen wir! Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. Aber ich musste dann nachher trotzdem sagen: Wenn dieser Gaul am Schwanz aufgezümt wird, ist es vielleicht besser zu sagen, nein danke, merci vielmals, dass Ihr die 7,5 Millionen sprechen wolltet, aber es muss doch irgendwo Sinn machen, auch in einer Logik sein, wie man vorgeht. Und das ist beim Verwaltungshandeln so, dass wir arbeiten, ein Projekt präsentieren und Ihr nachher die Finanzen sprecht. Und das machen wir gerne von Fall zu Fall. Danke vielmals.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Katrin. Damit, weil es keinen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme oder auf Erheblichkeit für diese Motion, ist die Motion abgeschrieben wie beantragt und das Geschäft 21.67 ist erledigt.

## 18. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.19: Antrag und Bericht zur Motion D. Altenbach (SP), R. Diener (Grüne/AL) und A. Gütermann (GLP) betr. Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Parl.-Nr. 2021.19: Antrag und Bericht zur Motion betreffend Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe. Der Erstmotionär ist nicht mehr im Parlament, das Wort hat Lea Jacot (SP).

**L. Jacot (SP):** Das habe ich von Dani Altenbach übernommen. Er war noch Erstmotionär. Ich muss da sagen, dass er nicht wahnsinnig zufrieden war mit der Antwort. Er wollte deshalb erheblich erklären. Die SP-Fraktion sieht es jetzt ein bisschen anders.

Ich zitiere aber da sehr viel von Dani, ich habe das mit ihm so abgemacht, dass das in Ordnung geht, weil er ja leider jetzt nicht mehr im Stadtparlament ist.

Wie danken dem Stadtrat für den Bericht. Ich möchte aber im Namen von Dani tatsächlich noch einige Anmerkungen anbringen.

Im Bericht steht, dass ca. 10 Prozent des Hausmülls aus Plastikabfällen besteht. Das ist eher untere Grenze. Im Bericht selbst wird diese Zahl mit 11 - 15% präzisiert. Und das gilt für Gewichtsprozente. Vom Volumen her macht der Plastikabfall ca. 50% aus, ist also doch ein substanzieller Teil des Abfalls.

Ein Argument des Stadtrats geht auch auf die Qualitätskriterien des Plastikrecyclings ein. Natürlich muss verhindert werden, dass Plastikabfälle unsachgemäss behandelt werden, oder schlimmstenfalls in die Umwelt gelangen. Dazu muss aber auch gesagt werden, dass der Kanton Zürich die Qualitätsmassstäbe der Schweizer Plastikrecycler anerkennt (also ich gehe

davon aus, dass diese tatsächlich die Qualitätsstandards einhalten, die wir auch erwarten würden), und die zitierten Negativwirkungen eigentlich auszuschliessen sind. Momentan gibt es in der Schweiz noch kein Werk, um Kunststofffraktionen im Inland trennen und recyceln zu können. Solche sind aber in Planung. Und natürlich müssen diese auch ausgelastet werden, dafür wäre natürlich vermehrtes Plastiksammeln notwendig. Der Hinweis auf eine in Bern hängige Teilrevision des Umweltschutzgesetzes, mit der das Kunststoffrecycling eine bundesrechtliche Grundlage bekommen wird, scheint uns ein guter Grund, in Winterthur mit den Vorbereitungen anzufangen und zum Beispiel endlich auf die freiwillige Gratissammlung von PE-Flaschen in den Supermärkten und von Styropor bei Maag hinzuweisen. Denn es stimmt, ich habe nachgeschaut, im aktuellen Abfalleitfaden sind diese Hinweise nicht vorhanden. Das wäre dann eigentlich relativ schnell gemacht. Im Bericht steht, dass die Vermeidung von 900 Tonnen Kohlendioxid für den Stadtrat «nicht wirklich Sinn macht». Wir haben aber den Auftrag Netto Null CO<sub>2</sub> bis 2040. Irgendwann wird man auch bei Plastikabfällen mit den 900 Tonnen ansetzen müssen. Das Bewusstsein, dass der Plastikverbrauch reduziert werden muss, ist bei KonsumentInnen und Händlern gestiegen. Zum Beispiel gibt es bei einigen Detailhändlern bereits keine Plastik-Wegwerfbecher mehr zu kaufen. Dennoch ist die Schweiz immer noch eines der Länder auf der Erde mit dem höchsten Pro-Kopf-Plastik-Verbrauch, insbesondere aufgrund von aufwändigen Einwegverpackungen. Ein Sammelversuch 2020 in Zürich zeigte auch, dass die Bevölkerung enormes Interesse daran hat, an der Plastiksammlung mitzuwirken. Der Bericht dazu empfiehlt die Sammlung von Kunststoff. Uns ist bewusst, dass die Kunststoffsammlung aufgrund des grossen Sammelvolumens herausfordernd ist, vor allem da natürlich zusätzliche Fahrten vermieden werden sollen, weil sonst genau die CO<sub>2</sub>-Ersparnis zu klein ist, als dass sich das lohnen würde. Und sie darf natürlich die CO<sub>2</sub>-Bilanz nicht zu verschlechtern. Wir verzichten somit auf eine Erheblicherklärung und unterstützen den Abschreibungsantrag des Stadtrates. Wir werden aber sicher am Thema dranbleiben und werden darauf bestehen, dass allfällige freiwillige Sammlungen, zum Beispiel durch Detailhändler (Pilotversuche sind am Laufen) auf jeden Fall von der Stadt unterstützt werden.

**R. Dürr (Grüne/AL):** Auch ich habe das Thema geerbt, und zwar von Reto Diener. Er hat miteingereicht.

Um es vorwegzunehmen: Die Fraktion Grüne/AL nimmt den Bericht des Stadtrates dankend entgegen und stimmt der Abschreibung der Motion zu.

Ja, wir haben diese Motion miteingereicht, können aber die Antwort des Stadtrates durchaus auch nachvollziehen. In der Antwort können wir lesen, dass nicht das Gewicht des Plastikabfalls, sondern eher das Volumen eine besondere Herausforderung ist. Hochrechnungen belegen glaubwürdig, dass der Nutzen gegenüber dem Aufwand viel zu gering ist. Wenn die Stadt diesen Plastikabfall in der normalen Kehrtrabfuhr integrieren möchte, müsste man ein zusätzliches Fahrzeug beschaffen, respektive wahrscheinlich mehr als nur eines. Das heisst, es müsste auch eine Presse in diesem Fahrzeug installiert sein. Und das Fahrzeug könnte der Stadtrat eigentlich in eigener Regie beschaffen, die wiederkehrenden Kosten müsste das Parlament hingegen jeweils bewilligen. Und es würde der Ausgabenbremse unterliegen. Wenn die Privathaushalte ihren Plastikabfall direkt zum Maag bringen, wäre das Verkehrsaufkommen entsprechend höher, was – wenn man das zusammenzählt – ein Minus bedeutet. Es entspricht auch nicht dem Gesamtverkehrskonzept, das die Ziele der stadtverträglichen Mobilität anstrebt, wenn wegen der Kunststoffentsorgung mehr Private mit ihrem Auto die jetzt schon höchst verkehrsbelasteten Quartierstrassen und das Verkehrssystem noch mehr verstopfen.

Es war ein Bericht von Judith Maag in der Zeitung, und zwar kam dort auch das Problem der Getränkekartons auf. Dort ist die Gewinnverwertung bei rund 40%, beim Plastik ist es rund 50%. Das Problem ist aber das gleiche: Nämlich vom Sammeln. Es muss auch gepresst werden, entweder im Transportfahrzeug oder dort vor Ort.

Wir von der Fraktion Grüne/AL stimmen der Abschreibung der Motion zu, möchten es aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass es andere, Klimaschutzfördernde Projekte gibt, die wir schnell in Angriff nehmen müssen. Und das Geld auch dafür einsetzen wollen. Und unter anderem vielleicht auch in Betracht zu ziehen, dass man Plastik und Getränkekartons irgendwann einmal zusammen behandeln kann.

**M. Nater (GLP):** Auch ich habe dieses Thema geerbt. Andreas Gütermann, der Mitverfasser, war auch mit der Antwort nicht zufrieden.

Die zentrale Frage im Bericht ist ja, ob nicht mehr gebrauchter Kunststoff energetisch verwertet beziehungsweise verbrannt oder recycelt wird.

Der Umgang mit Kunststoff muss jedoch viel früher angesetzt werden. Bei dieser Prüfung ist nicht nur die stoffliche Verwertung des Kunststoffes, sondern der Prozess von der Herstellung, zur Verwendung und zur Einsatzdauer einzubeziehen. So ist zum Beispiel die Verwendung der Plastiksäcklein bei den Grossverteilern sofort um 95% gesunken, als für die Plastiksäcklein 5 Rappen verlangt wurden. Da sieht man: Mit kleinen Massnahmen kann man da eigentlich sehr viel bewirken.

Generell erbringt das Recycling von sortenreinen, unverschmutzten Kunststoffen einen grösseren Umweltnutzen als dasjenige von gemischt gesammelten Kunststoffen, die mit Aufwand sortiert und gereinigt werden müssen. Aus ökologischer Sicht ist daher vor allem die Qualität des Sammelgutes zu optimieren, was aber leider hier in Winterthur nicht geplant ist.

Je sortenreiner und unverschmutzter Kunststoff ist, umso mehr lohnt sich das Recycling, wie man zum Beispiel bei den PET-Getränkeflaschen sieht. Auf der anderen Seite müssen die Abfallgebühren den Aufwand der Abfallbeseitigung decken. Diese Gebühren würde aber sicher ein Teil der Bevölkerung gerne über eine separate Sackgebühr übernehmen, wenn sie dafür die Möglichkeit erhalten, den Kunststoff separat zu entsorgen. Im Bericht wird aufgezeigt, dass sobald der Bevölkerung eine Kunststoffsammlung angeboten wird, wird diese auch entsprechend genutzt. Also es ist ein Bedürfnis vorhanden in der Bevölkerung, dass man das entsprechend auch anbietet.

Wir von der GLP sehen das Potenzial in der Stadt Winterthur, um die Qualität des Sammelgutes zu erhöhen. Auch sollte die Stadt vorbereitet sein für eine zukünftige Sammlung von Kunststoffabfall. Von daher finden wir es schade, dass keine Bestrebungen von der Stadt vorhanden sind, sich momentan intensiver mit dem Thema Kunststoffrecycling zu befassen. Andreas Gütermann hat es so zusammengefasst: «Wo kein Wille ist auch kein Weg.»

Wir von der GLP stimmen ohne Begeisterung der Abschreibung der Motion zu und hoffen, diese Motion wieder mal recyceln zu können.

**Ch. Hartmann (SVP):** Ich tanze aus der Reihe, ich habe schon mal zu dem Thema gesprochen...

Die SVP hat bei der Diskussion zur Überweisung der Motion verlangt, dass – wenn man solche Prozesse etabliert – solche Prozesse wirkungsvoll, effizient und von der Bevölkerung akzeptiert sind. Und ja, wir haben daran gezweifelt, dass dies möglich ist. Nicht zuletzt, weil die Stadt Zürich bereits einen grossangelegten Versuch zum Thema gemacht hat.

Jetzt ist der Stadtrat zum gleichen Schluss gekommen: Er meint, dass «eine Kunststoffabfall-Sammlung aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht zum heutigen Zeitpunkt nicht wirklich Sinn macht.» Wir denken, der Vorstoss war wohl dem damaligen Wahlkampf geschuldet. Klar waren diese Argumente jedenfalls schon vorher.

Materiell: Kommt der Plastikabfall nicht mehr in die Kehrichtverbrennung, muss noch mehr als heute Öl und Gas für die Fernwärme eingesetzt werden. Das würde aus unserer Sicht die konzeptionellen Probleme der Fernwärme noch weiter akzentuieren.

Für eine Aussage dazu wäre in der fast epischen Weisung – noch knapp kürzer als jene der Technischen Betriebe in der 1. Sitzung - dann möglicherweise doch noch Platz gewesen.

Aber ich kann mir gut vorstellen, dass es einige Worte braucht, um der eigenen Wählerschaft zu erklären, dass nicht jede Idee, die das Parlament verabschiedet, wirklich so brillant ist.

Die SVP stimmt dem Antrag des Stadtrates zu, die Motion für nicht erheblich zu erklären.

**M. Bänniger (EVP):** Auch wir unterstützen die Abschreibung der Motion und danken dem Stadtrat für die Antwort.

Wir von der EVP begrüßen es im Grundsatz, wenn Kunststoff recycelt wird.

Wir unterstützen von daher den Stadtrat, wenn er die übergeordneten gesetzlichen Entwicklungen aktiv weiterverfolgt, wie zum Beispiel der Einfluss des angenommenen Gegenvorschlags zur Kreislauf-Initiative, und uns zu gegebener Zeit eine Vorlage unterbreitet. Herzlichen Dank.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Wir nehmen diesen zustimmend zur Kenntnis. Die Nicht-Erheblich-Erklärung und die Abschreibung unterstützen wir.

Wir hatten schon damals bei der Überweisung dieser Motion im Dezember 2021 auf Ablehnung plädiert. Auch ich habe dieses Thema nicht geerbt. Wir stellen fest, dass der Stadtrat zum gleichen Resultat kommt, wie damals die Mitte/EDU-Fraktion und hoffen auf ein Einsehen – und haben jetzt auch schon ein bisschen gehört, dass ein Einsehen da ist - der Motionäre. Ein Test in der Stadt Zürich (vermutlich derselbe Test, auf den auch Lea hingewiesen hat, die sagte, dass die Leute eigentlich gerne Kunststoff sammeln) stellte auch fest, dass 50% des gesammelten Haushaltplastiks effektiv recycelt und verwertet werden konnte. Die anderen 50% müssen thermisch verwertet, sprich im Hagenholz verbrannt, werden.

Das Potenzial an Sammelgut in Winterthur wird auf zwei 35-Liter-Säcke pro Person und Jahr geschätzt. Diejenigen, die im Dezember 2021 schon dabei waren: Andreas Gütermann hatte einen Riesensack dabei, das entspricht ungefähr diesen beiden Säcken, diesen zwei 35-Liter-Säcke pro Person und Jahr. Wird davon noch der Kunststoff ausgeschieden, der nicht verwertet werden kann, weil er eben nicht geputzt und nicht sortenrein ist, verbleibt nur noch ein 35-Liter-Sack pro Person und Jahr für das Recycling. Der zweite Sack geht in die KVA oder in ein Zementwerk zur thermischen Verwertung, sprich: wird verbrannt. Im schlechteren Fall passiert das nicht, dann wird er exportiert und landet im allerschlechtesten Fall in Asien irgendwo auf Halde. Und dann dort wahrscheinlich in den Wasserkreislauf, sprich: ins Meer. Wenn man das hochrechnet auf Winterthur, dann wären das im Jahr 150 Tonnen Kunststoff oder 115'000 Kunststoff-Abfallsäcke, die man in Winterthur sammelt, die man nicht recyceln kann, die in die Verbrennung oder auf Halde gehen.

Die Einschätzung des Stadtrates deckt sich somit mit anderen, welche man schon 2021 hatte. Wir danken dem Stadtrat für den Bericht und machen beliebt, dass die Motion gemäss dem Antrag des Stadtrates abgeschrieben und für nicht erheblich erklärt wird.

Stattdessen sollten wir alle darauf hinwirken - in unserem eigenen Bereich, aber auch im politischen Bereich -, dass wir grundsätzlich weniger Plastik verwenden. Ich glaube, damit würden wir der Umwelt mehr nützen.

**R. Heuberger (FDP):** Eigentlich habe ich ein ganz anderes Votum vorbereitet. Eigentlich wollte ich einmal mehr fundiert aufzeigen, weshalb eine Kunststoff-Separatsammlung ein ökologischer Blödsinn ist. Darüber ist sich die ganze Recycling-Branche einig – ausser diejenigen, die Geld damit verdienen.

Umso mehr bin ich erstaunt gewesen über die heutigen, sehr realistischen Voten meiner Vorredner. Offenbar ist doch einiges hängengeblieben von dem, was ich erzählt habe bei der Überweisung der Motion.

Die Konsumentinnen und Konsumenten möchten eine Kunststoffsammlung, weil sie damit ihr schlechtes Gewissen beruhigen und den normalen Abfallsack entlasten können. Und genau das ist der Grund, weshalb WWF und Greenpeace die Einführung von solchen Sammlungen bekämpfen. Denn es führt dazu, dass der Druck auf die Produzenten, Kunststoff bereits bei der Produktion zu vermeiden, abnimmt. Und damit haben wir am Schluss letztendlich mehr Kunststoff.

Und Politiker – und das ist eben spannend – sowohl auf kantonaler wie auf nationaler Ebene wollen sich mit der Kunststoffsammlung ein grünes Mäntelchen umbinden, um zu sagen, dass sie etwas machen. Nur: Was sie machen, ist nicht das, was sie den Wählerinnen und Wählern versprochen haben. Sondern eigentlich nur eine Alibi-Übung.

Und dass der Kunststoffsack pro Sammeltour 4 x mehr kostet als der normale Abfallsack – ja, das werden dann die Konsumentinnen und Konsumenten in den Städten, die das jetzt einführen, relativ rasch merken.

Wir haben heute Abend insgesamt über vier Vorstösse der Klimaallianz gesprochen: Über die Laubbläser, autofreie Sonntage, Rahmenkredit Klima und Kunststoffsammlung. Alle vier Vorstösse sind mehr oder weniger im Sand verlaufen. Viel Aufwand ohne ökologischen Nutzen. Ein ernüchterndes Resultat.

Wir bleiben dabei: Wir stimmen der Abschreibung dieser Motion zu. Danke vielmals.

**Stadträtin Ch. Meier:** In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich nicht allzu lange werden. Einfach 2 – 3 kleine Sachen.

Die schiere Plastikmenge, Kunststoffmenge, macht Sorgen und es ist deshalb auch klar, dass man das Gefühl hat, man müsse etwas machen. Und es ist uns auch klar, dass man etwas machen muss. Romana hat es aber gesagt: Ich denke, genau diese besorgniserregende Situation löst eben auch in der Bevölkerung aus, dass sie das Gefühl hat, mit dem Sammeln würden sie etwas Gutes machen. Und es hat sicher etwas von Gewissensberuhigung.

Markus Nater sagte in seinem Votum, es sei schade, dass der Stadtrat nicht bereit sei, sich vermehrt mit dem Kunststoffrecycling zu befassen. Ich glaube, unser Bericht zeigt das Gegenteil. Wir haben sehr klar hergeleitet, wie die Situation ist. Wir haben klar auch aufgezeigt, wie – falls man überhaupt in diese Richtung gehen würde – ein solches Recycling organisiert sein müsste, was die Kriterien wären. Wir konnten aber auch wirklich fachlich relativ deutlich aufzeigen, wieso dieses Recycling zum jetzigen Zeitpunkt mit den jetzigen Rahmenbedingungen keinen Sinn macht. Ich überlasse es Ihnen, ob es unser guter Bericht ist oder das Teaching von Romana, der Sie zur Vernunft gebracht hat – jedenfalls sind wir sehr froh, dass Sie unserem Antrag auf Nicht-Erheblich-Erklärung folgen werden. Vielen Dank.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Christa. Damit kommen wir wirklich zum Schluss. Die Motion ist, weil es keinen Antrag gibt auf negative Kenntnisnahme oder Erheblich-Erklärung, damit abgeschrieben und erledigt.

Wir können die Sitzung schliessen. Ich danke für das Ausharren und hoffe, dass ich noch mit Euch anstossen kann unten im Festsaal.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)

F. Helg (FDP)